

Jenseits von Klasse und Nation:

Individualisierung und Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten¹

Von Ulrich Beck

Zusammenfassung: Von Beginn an ging es bei der Individualisierungstheorie darum, einen Paradigmenwechsel in der Forschung sozialer Ungleichheit einzuleiten. Dieser kann heute erweitert werden um die Fragen, wie die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten die Rahmenbedingungen institutioneller Antworten aufsprengt – von Nationalstaaten, politischen Parteien, Gewerkschaften, dem Wohlfahrtsstaat und nicht zuletzt den nationalen Soziologien sozialer Ungleichheiten. In diesem Aufsatz versuche ich den „kosmopolitischen Blick“ konzeptionell auf die Verhältnisse sozialer Ungleichheit in drei Fallbeispielen zu erproben: (1) die Ungleichheit globaler Risiken, (2) die gesamteuropäische Dynamik der Ungleichheit und (3) transnationale Ungleichheiten, die aus den Kompetenzen und Ressourcen hervorgehen, grenzenüberschreitend zu handeln und zu leben. Zuvor will ich die Frage aufgreifen: Wie lässt sich Individualisierung empirisch operationalisieren und in welchem Sinne lässt sich ein Gestaltwandel sozialer Ungleichheit diagnostizieren?

I Einleitung

Vor 25 Jahren habe ich meinen Aufsatz „Jenseits von Stand und Klasse“ (1983) publiziert. Heute greife ich das Thema wieder auf, und zwar in einer charakteristischen Wende, die in dem Titel „Jenseits von Klasse und Nation“ zum Ausdruck kommt. Damals galt noch völlig unreflektiert der „methodologische Nationalismus“ (auch für mich!) – nämlich die Gleichsetzung von sozialer Ungleichheit mit nationalstaatlicher, nationalgesellschaftlicher Ungleichheit.

Wer sich die heute gängigen Lehrbücher zur Soziologie sozialer Ungleichheit im Hinblick auf diese Gleichsetzung anschaut, trifft auf ein erstaunliches Faktum. Dort wird alles problematisiert: die Schichten- oder Klassenförmigkeit, die Pluralität und der Lebensstil-Charakter, objektive und subjektive Dimensionen, vertikale und horizontale Dimensionen, Geschlecht und Alter, Stadt-Land, Ethnizität und so weiter – unbefragt aber bleibt der Territorialbezug, das Container-Modell, die Gleichsetzung von Staatsgrenzen mit Relevanzgrenzen sozialer Ungleichheiten. Die Frage, *wer* sozial ungleich ist (in politisch und soziologisch relevanter Weise) – und *wer* dies entscheidet! – wird unreflektiert mit der soziologisch verinnerlichten Staatsautorität beantwortet. Denn Soziologen lassen sich die Untersuchungseinheit vordefinieren durch die staatlich organisierte und ausgewiesene Mitgliedschaft (Pass) zur Nationalgesellschaft. Soziale Ungleichheit ist (was diese Wer-Frage betrifft) Ungleichheit zwischen Passbürgern. Gerade aber dieser Binnenblick, dieser nationalgesellschaftliche Autismus, diese Schollenbindung sozialer Ungleichheit werden in Zeiten der Radikalisierung, Globalisierung und Transformation sozialer Ungleichheiten fundamental problematisch. Um das aufzudecken, ist ein Perspektivwechsel vom nationalen zum kosmopolitischen Blick nötig, den ich in diesem Aufsatz – skizzenhaft – entfalten möchte.

Zunächst gilt es allerdings, die Kontroverse über die Individualisierung sozialer Ungleichheiten, wie ich sie mit meinem Aufsatz von 1983 ausgelöst habe, noch einmal aufzugreifen. Den Anlass dazu bot zuletzt Will Atkinsons Kritik „Beck, Individualization and the Death of Class“ (2007). Denn Atkinson geht mit seiner Weichenstellung einer „primär konzeptionellen Kritik“ einen entscheidenden Schritt weiter als Klassenforscher, die meine Individualisierungstheorie als

1) Jakob Arnoldi, Elisabeth Beck-Gernsheim, Peter A. Berger, Edgar Grande, Daniel Levy und Anja Weiß danke ich herzlich für wichtige Hinweise.

„unberührt“ von Daten und Empirie zurückgewiesen haben (Marshall 1997; Goldthorpe 2002; Skeggs 2004; Brannen / Nilsen 2005; Scott 2006; dazu später). Atkinson beschuldigt mich – vielleicht nicht ganz zu unrecht –, dass ich eine selbst gebastelte Karikatur der soziologischen Klassenforschung „widerlege“. Das gilt allerdings umgekehrt insbesondere auch für ihn und die soziologischen Klassenforscher, die gegen ein Zerrbild meiner Individualisierungstheorie Sturm laufen, das sie von einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Antiquiertheit ihrer Klassensoziologie befreit. Ich habe es zunächst nicht für möglich gehalten, aber Atkinson fehlt jeglicher Sinn für die *Schlüsselunterscheidung zwischen Klasse und Ungleichheit*, die meiner Argumentation von Anfang an zugrunde liegt (und die im deutschen Diskussionskontext von vielen geteilt wird). Das Ende sozialer Klassen ist danach nicht das Ende sozialer Ungleichheit, sondern der Anfang radikalisierter Ungleichheiten; zu behaupten, Individualisierung meine das Verschwinden sozialer Ungleichheit „in terms of movement“, ist völliger Unsinn.

Es gibt zwei Wege, auf denen das „Ende der Klassen“ zum Thema werden kann. Der eine ist die betonierte Autobahn wohlfahrtsstaatlicher Integration des Proletariats – mit dem Zielpunkt der Nivellierung der Klassengegensätze *und* der sozialen Ungleichheit.² Der andere Weg, den ich von Anfang an eingeschlagen habe, ist der *Paradigmenwechsel sozialer Ungleichheit*. Die Individualisierungstheorie ist damit gerade *nicht* eine Beschwichtigungstheorie (wie unterstellt wird), sondern eine *Krisentheorie*, die überdies aufdeckt, wie die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten den Rahmen institutioneller Antworten (nationalstaatliche Parteien, Gewerkschaften, wohlfahrtsstaatlicher Systeme *und* die unreflektierte Nationalsoziologie sozialer Ungleichheiten) sprengt.

Individualisierung meint keinen (End)Zustand, sondern einen Prozess, genauer: Einen Transformationsprozess der Grammatik sozialer Ungleichheiten, der in diesem Sinne zwei Fragen aufwirft: Zum einen die Frage der *Ent*-Strukturierung, zum anderen die Frage der *Re*-Strukturierung; anders gesagt: Die Frage nach der Ent-Strukturierung sozialer Klassen (durch wohlfahrtsstaatliche Individualisierungen, „Out-Sourcing“ und „In-Sourcing“ von Risiken, die „innere Globalisierung“ und plurale Ethnisierung sozialer Klassen usw. – siehe später II) muss ergänzt werden durch die Frage: Welche post-klassenförmigen, Grenzen überschreitenden, Grenzen mischenden und in diesem Sinne „kosmopolitischen“ Erscheinungsformen radikalisierter sozialer Ungleichheiten zeichnen sich ab und lassen sich wie soziologisch-empirisch analysieren? Auf diese Re-Strukturierungsfrage antworte ich mit dem „methodologischen Kosmopolitismus“ (III).

In diesem Sinne werde ich daher ein zweites Missverständnis aufgreifen, nämlich die oft verkürzte Rezeption meines Vorschlags, den „methodologischen Nationalismus“ der Klassen- und Ungleichheitssoziologie (der, wie gesagt, auch für meine Individualisierungstheorie galt! – das ist die Pointe) durch einen „methodologischen Kosmopolitismus“ zu ersetzen.³ In diesem Aufsatz werde ich den „kosmopolitischen Blick“ (Beck 2004) auf Relationen und Konflikte sozialer Ungleichheit an drei konzeptionellen Fallbeispielen zu erläutern versuchen:

-
- 2) Das hatte wohl Helmut Schelsky mit der Formel „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ vor Augen; und das ist es auch, was viele Klassensoziologen der Individualisierungstheorie unterstellen – für die Zwecke der besseren Widerlegbarkeit.
 - 3) Zwar gesteht Atkinson ein: „As to the idea that class analysis is ‚ontological dependent‘ on the anachronistic vision of a territorially-defined nation-state, this seems – at first – to be a more telling criticism [...] However, once the real nub of Beck’s argument is opposed it begins like so many of his other propositions, to look less convincing [...] The main trust of his critique on this front consists of the contention that individuals increasingly lead ‘cosmopolitan’ lives nestled in more than one national system, and that consequently class fails to eliminate silent forms of existence.“ Hier wird Atkinson Opfer seiner unzureichenden Lektüre, insbesondere meiner Trilogie über den sozialwissenschaftlichen Kosmopolitismus. Dazu gehören die drei Titel *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter* (2002), *Der kosmopolitische Blick* (2004) sowie (zusammen mit Edgar Grande) *Das kosmopolitische Europa* (2005).

(1) an der Ungleichheit *globaler Risiken* (z.B. Klimawandel) – wobei das Nationalstaatsprinzip durch das Prinzip der Nebenfolgen von Entscheidungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg im kosmopolitischen Horizont ersetzt wird (III);

(2) der *gesamteuropäischen* Ungleichheitsdynamik – wobei das nationalstaatliche Prinzip der Unvergleichbarkeit durch das Prinzip der Vergleichbarkeit nationaler Ungleichheitsräume ersetzt wird (IV); sowie

(3) an transnationalen Ungleichheiten, die aus den Kapazitäten und Ressourcen zur *grenzüberschreitenden Interaktion* hervorgehen (V).

Zuvor möchte ich jedoch die wieder und wieder gestellte Frage nach der empirischen Operationalisierung der Individualisierungstheorie aufgreifen:

II Was meint Individualisierung empirisch?

Immer wieder wird stirnrunzelnd und mit spitzen Lippen auf die angebliche „Empirie-Freiheit“ der Individualisierungstheorie hingewiesen, allerdings ohne dass die Lösungen der empirischen Operationalisierung, die ich anbiete, auch nur zur Kenntnis genommen, geschweige denn aufgegriffen oder kritisiert werden. Immerhin sieht Atkinson: „Individualisierung ist kein subjektives Phänomen, das Einstellungen und Identitäten alleine betrifft, sondern ein strukturelles Phänomen, das Lebenslagen, Geschlechterverhältnisse, Biographien usw. tiefgreifend verändert.“ Mit anderen Worten: Individualisierung muss klar unterschieden werden von Individualismus oder Egoismus. Während Individualismus gewöhnlich als eine persönliche Attitüde oder Präferenz verstanden wird, meint Individualisierung ein makrosoziologisches Phänomen, das sich möglicherweise – aber vielleicht eben auch nicht – in Einstellungsveränderungen individueller Personen niederschlägt. Das ist die *Krux der Kontingenz*: Es bleibt offen, wie die Individuen damit umgehen.⁴ Ähnlich wie Zygmunt Bauman und Anthony Giddens betone ich, dass Individualisierung missverstanden wird, wenn sie als ein Prozess verstanden wird, der aus bewusster Wahl oder einer Präferenz des Individuums hergeleitet wird. Der entscheidende Gedanke lautet: Individualisierung wird tatsächlich dem Individuum durch moderne Institutionen auferlegt.

Allerdings hat keiner der Autoren, die mich kritisieren, daraus die nahe liegende Schlussfolgerung gezogen: Die Falsifikationsinstanz (und damit auch der empirische Nachweis der Individualisierungs-Hypothesen) liegt nicht primär in der Kontingenz der Einstellungen und Verhaltensweisen der Individuen (und in entsprechenden qualitativen und quantitativen Studien, z.B. Paul de Beer 2007), sondern in dem *Zusammenhang zwischen Staat und Individualisierung*: zivile Grundrechte, politische Grundrechte, soziale Grundrechte, Familienrecht, Scheidungsrecht, aber auch die neoliberalen Reformen des Arbeitsmarktes (Janine Brodie 2007) – in all diesen Feldern zeigt sich empirisch belegbar oder widerlegbar die historische Tendenz zur institutionalisierten Individualisierung.⁵ Denn Adressat dieser (Grund-)Rechte und Reformen ist das Individuum und nicht die Gruppe, das Kollektiv. In dieser Sicht sind

1. die Etablierung der zivilen und politischen Grundrechte im 19. Jahrhundert, ihre Begrenzung (auf Männer) und ihre Entgrenzung (Einbeziehung von Frauen) im 20. Jahrhundert sowie

-
- 4) Ein Beispiel dafür ist die interessante Studie „How Individualized are the Dutch?“, die Paul de Beer (2007) vorgelegt hat. Hier wird Individualisierung operationalisiert mit *detraditionalization, emancipation and heterogeneity*. Aber die Botschaft der Befunde bleibt uneindeutig (de Beer 2007: 397ff). Klärend wäre es, auch oder zunächst nach dem Grad der *institutionalisierten* Individualisierung Hollands zu fragen (siehe später).
- 5) In vorangegangenen Veröffentlichungen habe ich (anknüpfend an Parsons) von „institutionalisiertem Individualismus“ gesprochen; das vermeint aber die objektive mit der subjektiven Dimension und führt entsprechend zu Missverständnissen.

2. der Auf-, Aus- und Abbau des Wohlfahrtsstaates in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere seit den 1960er / 1970er Jahren, und zwar nicht nur innerhalb einer Nationalgesellschaft, sondern über alle Grenzen hinweg die historisch-empirische Basis zur Überprüfung der Individualisierungstheorie.

Hier zeigt sich die *Ironie des Wohlfahrtsstaates*: Die Klassenkämpfe der Klassengesellschaft setzen den Wohlfahrtsstaat durch und damit das Prinzip der individuellen Zurechnung von Ansprüchen und Leistungen – mit der Folge: Individualisierung wird auf Dauer gestellt, und das interne Strukturierungsprinzip moderner Gesellschaften – Klassen – verliert an Bedeutung; (Grenze bzw. Ausnahme: die Institutionalisierung von Kollektivlösungen wie beispielsweise die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, die ihrerseits allerdings durch Individualisierung von Beschäftigungsgruppen und Arbeitsverträgen ausgehöhlt werden können; siehe Kratzer 2005; Nies 2007).⁶ Um herauszufinden, inwieweit von einer derartigen institutionellen Individualisierung seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Rede sein kann, muss in historischen Teilanalysen geklärt werden, welche Aspekte von Individualisierung ihren Ausdruck in der gesellschaftlichen Semantik des Rechts, also in den Gesetzesstexten oder Kommentaren zu Gesetzen sowie in den Praktiken der Rechtsprechung (auf dem Hintergrund öffentlicher Diskurse und politischer Auseinandersetzung) oder auch in den laufenden oder zukünftigen Reformen des Wohlfahrtsstaates und des Arbeitsmarktes finden. Dabei ist es sinnvoll, zwischen institutionell individualisierten Entscheidungschancen und institutionell individualisierten Entscheidungswängen zu unterscheiden.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts bildet den Hintergrund ein allgemeines „Out-Sourcing“ von Schlüsselinstitutionen, die das Individuum in der Ersten Moderne entlastet, ihm oder ihr Sicherheit und Orientierung gegeben haben (Lash 2002). Man kann dies an der Familie, aber auch am Wohlfahrtsstaat und insbesondere am Unternehmenswandel (Sennett 1998) beobachten. Zugleich findet auch eine Art „In-Sourcing“ statt. Viele Eigenschaften, Funktionen und Aktivitäten, die früher dem Nationalstaat, dem Wohlfahrtsstaat, der hierarchischen Organisation, der Kleinfamilie, der Klasse, der zentralisierten Gewerkschaft zugeordnet wurden, werden nun nach innen und nach außen ausgelagert: nach außen auf globale oder internationale Institutionen; nach innen auf das Individuum.

Daraus geht hervor, dass die institutionalisierten Entscheidungschancen und Entscheidungswänge nur analytisch, nicht aber real klar gegeneinander abzugrenzen sind. Wenn man die wohlfahrtsstaatliche Gesetzgebung zum möglichen Falsifikationsfall der Individualisierungstheorie macht, dann darf man nicht nur die *Entgrenzung*, sondern auch die *Begrenzung* der Entgrenzung (und später wiederum die Entgrenzung der Begrenzung usw.) ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Das heißt: Es muss im Rechtswandel auch nach den Tendenzen der *De-Individualisierung* gefragt werden. Alle drei Fragen – nämlich die nach den institutionell individualisierten Entscheidungschancen, nach den institutionell individualisierten Entscheidungswängen und nach den *De-Individualisierungstendenzen* kennzeichnen den *Raum der Ambivalenz* institutionalisierter Individualisierungsschübe (über den Atkinson nur spöttet, weil er die Ambivalenzen der Individualisierung nicht in der Sache selbst begründet sieht, sondern den Unschärfen meiner Argumentation anlastet).⁷

-
- 6) In der ursprünglichen Fassung der Theorie (1983) habe ich Individualisierung vor allem kausal dem Bildungssystem, der Bildungsreform zugerechnet; erst später habe ich die kausale Zurechnung auf den Wohlfahrtsstaat und seine aktuellen Reformen erweitert (Beck / Beck-Gernsheim 1994; 2002).
 - 7) Nach 25 Jahren Forschung und Debatte sind einige Unklarheiten der ursprünglichen Fassung überwunden worden. Nun zeigt sich, nicht das Argument ist uneindeutig, sondern die Realität komplexer; dies gilt insbesondere, wenn man noch die transformative Kraft von Risikoverteilungen und Transnationalisierungen hinzunimmt (siehe später).

Jenseits von Normalfamilie und Normalklasse

Unter welchen Bedingungen und in welchem Sinne kann von einem diskontinuierlichen oder „Meta-Wandel“ durch institutionalisierte Individualisierung gesprochen werden und welche Konsequenzen hat das für die Soziologie sozialer Ungleichheiten? Da wir uns hier im Neuland bewegen, mag es sinnvoll sein, dies zunächst am Beispiel des besser erforschten Meta-Wandels der *Familie* zu verdeutlichen (Beck / Beck-Gernsheim 1990, 2002; Beck-Gernsheim 1998): Bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts gab es in den westlichen Gesellschaften ein allgemein anerkanntes Modell von Familie, das von den meisten Menschen noch tatsächlich praktiziert wurde (mehr oder minder annäherungsweise je nach Lebensumständen, Klasse, Religion usw.). Dieses *Leitbild der Normalfamilie* bestand aus einem erwachsenen Paar mit leiblichen Kindern; die Erwachsenen waren selbstverständlich verschiedenen Geschlechts, also Mann und Frau; sie waren verheiratet, und sie blieben es auch bis zum Tod; und zwischen den beiden bestand eine Arbeitsteilung derart, dass der Mann erwerbstätig war, der „Ernährer“, während die Frau für Heim und Familie die Verantwortung trug. Natürlich gab es auch damals andere Lebensformen daneben – von ein paar mutigen Seelen bewusst gewählt, ansonsten eher unfreiwillig zustande gekommen. Aber entscheidend ist, dass diese anderen als *abweichende* Lebensformen galten und nur vergleichsweise selten, meistens nur versteckt und verschwiegen gelebt werden konnten. Es waren „Fehltritte“, „Verirrungen“, geschuldet unglücklichen Umständen und äußeren Zwängen, etwa den Wirren des Krieges und der darauf folgenden Umbrüche. Genau das ist anders geworden unter den Bedingungen und als Folge institutionalisierter Individualisierung. Zwar ist die Normalfamilie der beschriebenen Art durchaus nicht verschwunden, aber es gibt vielfältige andere Formen daneben, und vor allem: die Norm selbst hat an Geltungscharakter verloren. Denn in den letzten Jahrzehnten haben Veränderungen sowohl des Familienverhaltens als auch des Familienverständnisses stattgefunden und es zeigt sich jetzt ein „Nebeneinander unterschiedlicher Formen, für die je geltend gemacht wird, daß sie gleichberechtigt sind oder sein sollten“ (Lüscher 1994: 19). In der Folge kommt es zu einer Relativierung der Vorstellung von Normalität. Und das eben ist der entscheidende Punkt. Es kommen nicht nur immer mehr „Abweichungen“ auf und gewinnen quantitativ an Verbreitung. Wichtig ist vielmehr, dass ehemals „abweichende“ Formen des Zusammenlebens nun mehr und mehr sowohl sozial als auch rechtlich normalisiert und akzeptiert werden. Dieser *Leitbild-Wechsel*, der Abweichungen zur Normalität macht: das ist ein zentrales Merkmal, ein operationales Kriterium des Meta-Wandels der kulturellen Lebensbedingungen. Was sich jetzt durchsetzt, ist, anders gesagt, nicht nur Diversität, sondern weit mehr noch: die *Normalisierung* von Diversität, und zwar im Familienrecht wie im Selbstbild der Familienglieder und als letztes sogar in der Beobachterperspektive der Familiensoziologie. Meta-Wandel im Recht heißt: Es werden immer mehr Regelungen eingeführt, die bewusst darauf abzielen, kollektive Vorgaben in individuelle Wahlchancen zu verwandeln. Dies gilt insbesondere, was die Ordnung der Geschlechterverhältnisse in der Ehe angeht: In vielen Ländern ist hier eine grundlegende Reform der einschlägigen Paragraphen erfolgt. Man nehme einmal den Wandel der deutschen Rechtsordnung als Beispiel.

Abb. 1: Wandel des Familienrechts in Deutschland

	Urfassung des Bürgerlichen Gesetzbuches, in Kraft seit 1.1.1900	Ehrechtsreformgesetz, in Kraft seit 1.7.1977
§ 1354	Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu; er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung.	Aufgehoben
§ 1355	Die Frau erhält den Familiennamen des Mannes.	Zum Ehenamen können die Ehegatten [...] den Geburtsnamen des Mannes oder den Geburtsnamen der Frau bestimmen.
§ 1356	Die Frau ist [...] berechtigt und verpflichtet, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten.	Die Ehegatten regeln die Haushaltstübung in gegenseitigem Einverständnis.

Hinzu kommen, in Deutschland wie in anderen westlichen Ländern, viele weitere Formen, die allesamt in dieselbe Grundrichtung wirken (z.B. Mason et al. 2001; Röthel 1999). Zu nennen sind hier, um nur ein paar weitere Beispiele herauszugreifen, die Erleichterung der Scheidung; die verbesserte Rechtsstellung nichtehelicher Kinder; die verbesserte Rechtsstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften; die zunehmende Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften. Überall gilt: Der Gesetzgeber sieht seine Funktion immer weniger darin, eine bestimmte Lebensform verbindlich vorzuschreiben. Vielmehr wird die Entscheidung darüber angesichts einer Vielfalt rechtlich gleichgestellter Lebensformen den Individuen auferlegt. Eben diese Entwicklung setzt – als paradoxe und doch erwartbare Folge – eine Spirale von Regelungswängen in Gang: Wenn schwule oder lesbische Paare heiraten oder eine offizielle Lebensgemeinschaft eingehen können, soll das dann heißen, dass ihnen auch ein Recht auf Elternschaft zusteht, über Adoption oder die Errungenschaften der Fortpflanzungsmedizin? Wenn bei Heirat die Frau nicht mehr selbstverständlich den Namen des Mannes übernimmt, welchen Namen sollen dann die Kinder erhalten? Wenn immer mehr Menschen Zweit- oder Drittheben eingehen, wie kann dann eine gerechte Verteilung der Finanzen aussehen zwischen Partnern und Ex-Partnern und Ex-Ex-Partnern und ihren jeweiligen Kindern usw.?

Die für die Überprüfung der Individualisierungstheorie ausschlaggebende *Institutionenepirie* belegt dramatische Veränderungen, wie insbesondere auch verschiedene zeitgeschichtliche Studien von Ulrich Herbert u.a. (2002; 2009) zeigen: Innerhalb von circa 15 Jahren ereignete sich in fast allen europäischen Gesellschaften zur gleichen Zeit ein derartiger Leitbild-Wechsel, und zwar nicht nur für einige Gruppen, sondern für alle Gruppen im Zeitraum nur einer Generation. Ein so umfassender institutioneller Grundlagenwandel, der Entscheidungsmöglichkeiten und -risiken auf die Individuen verlagert, in so kurzer Zeit, ist historisch beispiellos. Das setzt sich fort im (sozialdemokratischen oder konservativen) Konzept des „aktiven Wohlfahrtsstaates“, das in allen westlichen Ländern die sozialpolitische Agenda beherrscht und drei Prinzipien miteinander verbindet: die Entwicklung des Humankapitals (Ausbildung), individuelle Selbstverantwortlichkeit (Zurechnung) und die Integration in den Arbeitsmarkt. Hier zeichnet sich die Vertiefung der institutionellen Produktion und Reproduktion des individualisierten Individuums ab; und es ist damit zugleich auch ein Beispiel dafür, wie den Individuen die Unmöglichkeit aufgehalst wird, biographische Lösungen für systemische Widersprüche zu finden. Janine Brodie stellt mit Blick auf die kanadische Reformpolitik in diesem Sinne fest, dass der aktive Sozialstaat „is a quintessential example of neo-liberal individualization [...]. Although it identifies Canada's poor

by group-based or systematic markers, its proposed strategies for poverty alleviation are framed in terms of individual choices and private solutions. As such, this policy advice simultaneously downloads all responsibility for structural inequalities and risk management onto individuals and validates the market as the primary mechanism whereby individuals secure personal security and well being" (Brodie 2007: 220).⁸

Wenn diese Diagnose der (wohlfahrtsstaatlich) institutionalisierten Individualisierung als gesichert akzeptiert wird, dann stellt sich für *beide* Opponenten – für Individualisierungstheoretiker wie für Klassentheoretiker – die Frage: Welche Konsequenzen hat dieser historisch beispiellose Leitbildwechsel für die Konstitution sozialer Klassen? Wenn institutionalisierte Individualisierung heißt: Es gibt einen wachsenden Druck zu reflexiven Lebensstilen und individualisierten Lebenswegen, Sinn und Identität müssen also individuell gefunden werden – kann es dann überhaupt noch ein kollektives Klassenbewusstsein geben?⁹ Wenn Individualisierung den Modus der Selbstzurechnung (Wohlrab-Sahr 2003) – und zwar als Fremderwartung und Selbstbild – verallgemeinert, aber gleichzeitig sich soziale Ungleichheiten verschärfen, wie ist dann diese Ambivalenz einer „individualisierten Klassengesellschaft“ soziologisch und politisch zu entschlüsseln (Nollmann / Straßer 2007)?¹⁰ Die These der Individualisierungstheoretiker lautet: Objektive Merkmale (Einkommen, Stellung in der Hierarchie) und subjektive Merkmale (Bewusstsein, Lebensstil, Freizeitgestaltung, politische Einstellung) *brechen auseinander*. Die Folgen kann man mit Edward Thompson (1978) aufzeigen: In seinem historischen Aufsatz *Klassenkampf ohne Klassen* heißt es: „Klasse als ein Produkt der kapitalistischen Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts, das dann das heuristische Verständnis von Klassen geprägt hat, hat in der Tat keinen Anspruch auf Universalität, sondern ist in diesem Sinne nicht mehr als ein Unterfall der historischen Formationen, die aus Klassenkämpfen entstehen.“ (Thompson 1980: 268) Thompson weist hier auf die Schlüsseleinsicht der postklassenförmigen Ungleichheitsdiagnose hin, vertrat er doch die These, dass der Klassenkonflikt schon existiere, bevor es Klassen gebe, und dass ein solches Entstehen von Klassen aus sozialen Konflikten keineswegs ein historisches Gesetz ist, sondern ein historischer Spezial- oder Sonderfall. Genau das meint die Theorie der Individualisierung sozialer Klassen: Individualization transforms class struggle, which precedes class (um Thompson zu variieren). Es entsteht ein Kapitalismus ohne Klassen, genauer: ohne

-
- 8) Zygmunt Bauman präzisiert die Ambivalenz: „The subjects of contemporary states are individuals by fate: the factors that constitute their individuality – confinement to individual resources and individual responsibility for the results of life choices – are not themselves matters of choice. We are all today ‘individuals *de jure*’. This does not mean, though, that we are all ‘individuals *de facto*’. More often than not, control over life is the way in which the story of life is told, rather than the way in which life is lived.“ (Bauman 2001:69).
- 9) Dies sind einige der Themen der in den letzten Jahren sehr lebhaft ausgebrochenen angelsächsischen Individualisierungsdebatte, die in Deutschland noch gar nicht zur Kenntnis genommen wurde; beispielsweise die dazu konzeptionell und empirisch hochdifferenzierte Lebenslauf-Forschung; siehe dazu auf dem neuesten Stand Cosmo Howard (2007) oder in einzelnen Themen Budgeon (2003), Elliott (2001), Furlong / Carmel (1997), Katzer (2005), Mills (2007), Mythen (2005a), Nies (2007) und vielen andere mehr.
- 10) Nollmann and Straßer (2007) versuchen, eine Brücke zwischen Individualisierungs- und Klassentheorie zu schlagen. „Individualization theorists argue that individuals no longer consider themselves as class members with a common fate and destination. At the same time, empirical studies show a more or less unchanged effect of class membership on education and life chances. These two points of view do not necessarily indicate irreconcilable assumptions. Rather, they refer to two different objects of sociological research. Individualization theorists refer to the causal assumptions people seem to show more often in their attitudes and behavior, whereas calls researchers refer to causal knowledge we can see from outside as scientific observers.“ (Nollmann / Strasser 2007: 114) Dieser interessante Versuch, die zwei Positionen zu verbinden hat Schwächen: 1. die Kontingenz der subjektiven Reaktionen zu unterschätzen, 2. bleibt er im methodologischen Nationalismus befangen.

Klassen *für sich*. Individualisierung entkoppelt Klassenkultur von Klassenlage; entsprechend kommt es zu vielfältigen „individualisierten Klassenkonflikten ohne Klasse“, also zu einem Prozess, in dem der Bedeutungsverlust der Klassen zusammenfällt mit der kategorialen Transformation und Radikalisierung sozialer Ungleichheiten.

Klassensoziologen führen für das Fortbestehen sozialer Klassen eine Reihe von statistischen Indikatoren ins Feld, um nur einen Befund herauszugreifen. Danach sind Arbeiterkinder (gemessen an dem Bildungsniveau ihrer Eltern) – trotz Bildungsreform – an den Hochschulen kaum vertreten, Kinder wohlhabender und akademisch gebildeter Eltern dafür umso mehr. Nach wie vor bestimmt, so lautet die Schlussfolgerung, die Klassenherkunft die Zugangschancen zum Universitätsstudium. Belegen diese Bildungsdaten (die sowohl für Großbritannien als auch für Deutschland, aber auch für viele andere europäische Länder gelten) den geschlossenen Zirkel von Universitätszugang und Elite, der Arbeiterkinder ausschließt, die Konstanz der Klasse bestätigt und damit bereits die Individualisierungstheorie widerlegt? Nein, denn zum einen wird hier ohne Weiteres wiederum Klassenkultur mit Klassenlage gleichgesetzt, ja, entgegen Thompson, die Kontinuität der Klassen unterstellt, *ohne* die Hypothese der Individualisierung von Klassenkonflikten und damit der Erosion der Klassen auch nur als Frage aufzuwerfen. Zum anderen lassen sich aber auch an diesen empirischen Befunden die Fehlerquellen einer individualisierungstheoretisch uninformativen Klassensoziologie aufdecken:

(1) Die unreflektierte Gleichsetzung von Konstanz der Bildungsabschlüsse mit der Konstanz sozialer Klassen verkennt, was die Individualisierungsperspektive ins Zentrum stellt: den „Fahrstuhl-Effekt“ (Beck 1983). Auch wenn die Relationen sozialer Ungleichheit (operational: Hierarchie der Bildungsabschlüsse) konstant geblieben sind, kann die Öffnung der Hochschulen in den 1960er und 1970er Jahren vielen Arbeiterkindern den sozialen Aufstieg ermöglicht haben. *Deren* Kinder studieren nun ebenfalls, aber sie zählen in der Statistik bereits als Akademikerkinder. Wir haben es hier (möglicherweise) mit der Paradoxie zu tun: Je mehr Arbeiterkinder im Zuge der Bildungsreform aufgestiegen sind, desto konstanter erscheint die Klassenstruktur, weil die aufgestiegenen Arbeiterkinder nun ihren Akademikerstatus an ihre Kinder „vererben“.

(2) Der Fehlschluss von der statistischen Konstanz zur sozialen Konstanz der „Arbeiterklasse“ verdeckt die Schlüsselfrage: *Wer* sind die Personen und Gruppen, die nun statistisch unter der Konstanz des Substantivs „Arbeiterklasse“ subsumiert werden? Jedenfalls für Deutschland gilt, dass parallel die kulturelle Homogenität der so genannten „Arbeiterklasse“ im Zuge einer „inneren Globalisierung und Pluralisierung“ derselben aufgelöst wurde. In Deutschland lässt sich dies an dem geradezu explosionsartig zugenommenen Anteil von ausländischen Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Hauptschule, dem Abschluss der untersten Bildungshierarchie, zeigen. Die Konstanz sozialer Klassen setzt unreflektiert die Konstanz der nationalen Mitgliedschaft der Mitglieder dieser Klassen voraus. Auch hier gilt: Klassenkultur und Klassenlage entkoppeln sich; die multiethnische, multinationale Arbeiterklasse ist keine Arbeiterklasse mehr.¹¹ Die Frage allerdings, wie in denselben Bildungskategorien Nation und Klasse miteinander verschmolzen werden, setzt einen Blickwechsel, einen „kosmopolitischen Blick“ voraus. Die Kritik des methodologischen Nationalismus ist allerdings zuvörderst auch eine Selbstkritik der Individualisierungstheorie. Denn nicht nur die Klassentheorie, auch die Individualisierungstheorie ist im dead end des „methodologischen Nationalismus“ befangen: Beide analysieren den Wandel sozialer Ungleichheiten im Rahmen des anachronistischen Blicks eines territorial definierten Nationalstaates.¹²

11) Die „Superdiversität“ der „Klassen“ (mindestens in Großstädten) enthält ja nicht zuletzt auch Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, deren Bildungskapital nicht anerkannt wird (Vertovec 2006).

12) Dies gilt im Übrigen auch noch für das sehr anregende und in vielem klärende Debattenbuch „Contested Individualization“ (2007), das Cosmo Howard herausgegeben hat.

III Die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten

Karl Marx hatte bekanntlich die Klasse der Nation übergeordnet. Marx' Gesellschaftstheorie machte deutlich, dass das größte Problem für die Zukunft der Nationalgesellschaften darin bestand, dass sie von Grenzen überschreitenden Klassenkonflikten in Frage gestellt werden würden. Am politischen Horizont zeichnete sich eine internationale Arbeiterbewegung ab, die die Perspektive einer Weltrevolution eröffnete. Seine Ideen versetzten den Nationalstaat in Panik. Dessen Reaktion bestand darin, das Klassenproblem, das aus der Umwälzung der Industrialisierung explosiv hervorbrach, als ein *inner-nationalstaatliches* aufzugreifen. So wurde die transnationale Klassendynamik in viele separate nationale „soziale Fragen“ umgewandelt, und von nun an stand die Integration des Proletariats in den nationalstaatlichen Gesellschaften im Vordergrund der Politik. Diese Aufgabe hatte eine so hohe Priorität, dass so unterschiedliche Lösungsansätze wie der Sozialismus, der Wohlfahrtsstaat und die Klassensoziologie als Wissenschaft unter stillschweigender Akzeptanz des nationalen Bezugsrahmens sich daran beteiligten. Am Ende gelang dies so sehr, dass die nationale Integration und Solidarität als Voraussetzung der Klassenordnung und Klassenkonflikte zugleich wirklich und unkenntlich wurde.

Kritik des methodologischen Nationalismus

Die Klassentheorie und -soziologie nach Marx hat sich (von wenigen Ausnahmen abgesehen) dann auch auf die ökonomische Position innerhalb des Nationalstaates konzentriert. Anders gewendet heißt das: Die Ordnung, die die Klassenordnung ermöglicht, beruht auf den Prinzipien von Nationalität und Ethnizität, ohne dass dies in der Klassensoziologie bis heute (angemessen) thematisiert wurde oder wird. Die meisten Klassentheoretiker, einschließlich Bourdieu, der so extensiv über Globalisierung in seinen letzten Jahren nachgedacht hat, identifiziert die Klassengesellschaft mit dem Nationalstaat. Dasselbe gilt für Walderstein, Goldthorpe und viele andere.

Um die Reichweite dieser Hintergrundannahmen aufzuschließen und auszuleuchten, ist es sinnvoll, zwischen Fragen *erster Ordnung* und Fragen *zweiter Ordnung* zu unterscheiden¹³: Fragen erster Ordnung beziehen sich auf „Was-Fragen“ sozialer Ungleichheit, Fragen zweiter Ordnung auf „Wer-Fragen“. Fragen erster Ordnung thematisieren die materielle Verteilung von Chancen und Pflichten, Ressourcen und Risiken, also Einkommen, Bildung, Besitz usw. Sie setzen die Antwort auf die nicht-gestellten Fragen zweiter Ordnung voraus, nämlich auf die Fragen: *Wer* ist ungleich? Welche (Bezugs-)Einheit geht den Gegensätzen der Klassen voraus? Welches ist der angemessene Rahmen, in dem die Fragen erster Ordnung aufgeworfen und politisch sowie soziologisch beantwortet werden können? Es ist die Kongruenz von politischem Status (nationaler Mitgliedschaft, Pass) und sozioökonomischem Status (Stellung in der nationalstaatlichen Ungleichheitshierarchie), die stillschweigend als die Hintergrundschematik der Klassenanalyse bis heute vorausgesetzt wird. Klassenforscher verstehen und analysieren ihren Gegenstand sozusagen vom Standpunkt einer nationalen *Wir-Soziologie*. Klassengegensätze setzen nationalstaatliche Gleichheitsnormen und nationale *Wir-Solidarität* ebenso voraus, wie die nationale Exklusion der nicht-nationalen Anderen: Diese unreflektierte, unterstellte Kongruenz zwischen politischem und sozio-ökonomischem Status meine ich u.a. mit „methodologischem Nationalismus“. Erst im kosmopolitischen Blick wird überhaupt sichtbar, dass die Meta-Prinzipien von Staat, Nationalität und Ethnizität die Bezugseinheit, die Rahmung konstituieren, in der die Fragen der materiellen Verteilung von Ressourcen konfliktvoll ausgetragen werden. Der sozialwissenschaftliche Blick, im Banne des methodologi-

13) Siehe dazu auch Nancy Frazer (2007), die dies im Kontext „Reframing justice in a globalizing world“ vorschlägt.

schen Nationalismus, kann gar nicht *sehen*, dass die Verbindung von Nationalität und Territorialität vorgängig die soziale Position von Individuen und Gruppen im Weltmaßstab festlegt. Dem erwerbbaren Status innerhalb eines national-territorialen Rahmens geht ein zugewiesener, gleichsam ständisch-politischer Status der Herkunftsnation im internationalen System voraus (z.B. gemäß der Unterscheidung von Zentrum und Peripherie).¹⁴

Anders gesagt, beruht der methodologische Nationalismus auf einer doppelten Kongruenzannahme: einerseits der Kongruenz von territorialen, politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Grenzen; andererseits der Kongruenz von Akteursperspektive und sozialwissenschaftlicher Beobachterperspektive. Die Prämisse des normativ-politischen Nationalismus der Akteure wird unreflektiert zur Prämisse der sozialwissenschaftlichen Beobachterperspektive. Beide Kongruenzannahmen bestärken sich wechselseitig.

Die Forschungsfragen, gerade auch nach der Radikalisierung sozialer Ungleichheiten, die durch Inkongruenz der Grenzen aufgeworfen werden (also dann, wenn sich die Kongruenz zwischen politischem und sozio-ökonomischem Status auflöst), können im Rahmen des methodologischen Nationalismus weder empirisch, noch theoretisch, noch politisch überhaupt gestellt, geschweige denn beantwortet werden. Territoriale, staatliche, ökonomische, gesellschaftliche Grenzen existieren zwar fort, aber sie koexistieren nicht mehr! Das löst eine Fragenlawine aus: nach der *Ambivalenz* ko- oder multinationaler Handlungsräume und Lebenslagen; nach der *Kontingenz* von inkongruenten Grenzkonstruktionen, die als Resultat kollektiver und individueller Entscheidungen entschlüsselt werden müssen; nach Produktion und Reproduktion *transnationaler* Handlungs- und Ungleichheitsräume (Mau 2007; Mau et al. 2008; Vertovec 2006; Weiß 2005).

Erst im systematischen Wechsel zwischen dem nationalen und dem kosmopolitischen Blick werden die großen, blinden Flecken – und Fehlerquellen – des methodologischen Nationalismus der Individualisierungs- und Klassen-Soziologie erkennbar, denn nur im Rahmen einer solchen kosmopolitischen Ungleichheits-Soziologie kann die fundamentale Asymmetrie der im nationalen Blick befangenen Ungleichheitswahrnehmung sowohl in sozialer als auch in sozialwissenschaftlicher Perspektive aufgedeckt werden. Erst dann wird nämlich überhaupt *sichtbar*, dass die „legitimitorische Leistung“ des nationalen Wohlfahrtsstaates darin liegt, dass dieser die Aufmerksamkeit ausschließlich nach *innen* wendet und dadurch transnationale oder globale Ungleichheiten aus dem Gesichtskreis der relativ Privilegierten verbannt. Erst wenn das *Nationalstaats-Prinzip der zwischennationalen Unvergleichbarkeit* sozialer Ungleichheiten sowohl für soziale und politische Akteure als auch für die sozialwissenschaftliche Beobachter- und Forschungsperspektive durchgesetzt ist, können sich in einer unreflektierten Koalition Politik und Soziologie weitgehend auf den nationalen Binnenraum sozialer Klassen und deren Regulierung konzentrieren. Die „funktionale Leistung“ des Nationalstaates globale Ungleichheiten zu „legitimieren“ beruht nicht zuletzt darauf, dass die politisierenden Vergleiche nur *intra-national*, nie *inter-national* ausgespielt werden können. Die delegitimierenden Vergleiche setzen wiederum nationale Gleichheitsnormen voraus. In diesem Sinne können beispielsweise die Einkommensunterschiede zwischen Nigerianern und Deutschen, Südamerikanerinnen und Finninnen, Russen und Chinesen, Türkinnen und Koreanerinnen selbst bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit noch so groß sein, delegitimierend wird dies erst, wenn sich diese Vergleiche innerhalb eines gemeinsamen Wahrnehmungshorizontes institutionalisierter Gleichheit vollziehen. Dies kann durch die Mitgliedschaft in einer Nation oder in einem global operierenden Konzern gegeben sein, aber vielleicht auch in der „europäischen Gesellschaft“ (dazu später).

14) Diese Überlagerung und Durchdringung von nationalgesellschaftlicher und weltgesellschaftlicher Position sozialer Ungleichheit wird allerdings bei Wallerstein zum Thema.

Zugleich wird im methodologischen Nationalismus verkannt, dass die Fähigkeit und Möglichkeit zur Grenzen überschreitenden Interaktion in der globalisierten Welt zu einer wesentlichen Ressource sozialer Ungleichheit geworden ist – sei es in Form *aktiver* Transnationalisierung durch den Besitz von mobilem ökonomischen Kapital oder mobilem kulturellen Kapital; sei es andererseits in Form *passiver*, erlittener Transnationalisierung – Beispiel: landwirtschaftliche Produktion oder die territoriale Bindung an wohlfahrtsstaatlich abgesicherte Arbeitsplätze. Ausschlaggebend dafür ist nicht die andauernde Mobilität, sondern die *Option*, ökonomisches und kulturelles Kapital transnational verwerten zu können (Weiß 2005: 714f) oder eben nicht.

Politik der Rahmung

Gegen diese Kritik der nationalen Introvertiertheit der Klassenforscher lässt sich einwenden: Von der Weltsystemtheorie (Wallerstein) und der Dependenztheorie, dem breiten Feld der Entwicklungsstudien bis hin zu den Theoretikern der Globalisierung von Klassen wie Leslie Sklair (um nur ein paar zu nennen) gibt es eine Fülle von Bestrebungen und Bewegungen im Bereich der Soziologie, globale Ungleichheiten zu erforschen. Auch gilt, dass die globalen Bedingungen für nationale Ungleichheiten, die durch Faktoren wie Kapitalmobilität erzeugt werden, seit Langem auf der Forschungsagenda der Ökonomen und Sozialwissenschaftler stehen. Setzt also die Kritik des methodologischen Nationalismus der Klassen-Soziologie nicht das Vergessen und Verdrängen der Forschung globaler Ungleichheiten voraus (siehe z.B. Martell 2007 sowie zusammenfassend Kiely 2007)?

Nein. Aber um dies zu verstehen, müssten wir noch einmal auf die Meta-Frage zweiter Ordnung zurückkommen: Welches ist der angemessene Rahmen, innerhalb dessen die Fragen erster Ordnung nach der Verteilung und Regulierung materieller Ungleichheiten aufgeworfen werden? Die Wer-Frage also: Wer sind die relevanten Individuen, die die Vergleichseinheit sozialer Ungleichheit bilden? Was diese Politik der Rahmung betrifft, so scheint mir die Unterscheidung zwischen *affirmativer* und *transformativer* Rahmung zentral: Die Mehrzahl der soziologischen Ungleichheitsforscher übernimmt ungefragt die Prämissen des internationalen Rechts, die die Individuen nationalen Gesellschaften zuordnen – übrigens ohne jeglichen empirischen Nachweis! – als Prämissen der nationalstaatlichen Rahmung. Hier handelt es sich also um eine *affirmative* Politik der Rahmung: Das klar geschnittene Entweder-Oder von national und international, Wir und den Anderen wird weitgehend unreflektiert als die angemessene Einheit sozialer Ungleichheiten in die Theorie und Empirie sozialer Ungleichheit übernommen. Völlig richtig ist, es gibt eine große Fülle internationaler komparativer Studien sozialer Ungleichheiten, aber auch diese verwenden Nationalstaats-Durchschnitte und kommen gar nicht auf die Idee, Individuen in Ungleichheitsformen, die nationale Grenzen überschreiten und mischen, in ihre Komparatistik einzubeziehen. Auch *globale* Ungleichheiten – so interessant und wichtig diese sein mögen – setzen zumeist nationalstaatliche Durchschnitte voraus. Insofern lassen sich drei Anwendungsbeispiele des methodologischen Nationalismus unterscheiden: *nationale* Rahmung, *international* vergleichende Rahmung sowie *globale* Rahmung. Sie alle beruhen wie gesagt darauf, dass affirmativ die politische und rechtliche Grammatik nationaler Grenzen unreflektiert zur Prämissen der Rahmung sozialwissenschaftlicher Ungleichheitsforschung gemacht wird.

Davon ist zu unterscheiden der *kosmopolitische* Blick, der eine aktive *transformative*, *transnationale* Politik der Rahmung verfolgt: Das Nationalstaatsprinzip beantwortet nicht mehr die Wer-Frage sozialer Ungleichheit. Denn in einer globalisierten Welt verliert die nationalstaatliche Rahmung ihre Aura der selbstverständlichen Evidenz. Angesichts geopolitischer Instabilitäten verbreitet sich die Erfahrung der „Globalität“ (Albrow; Robertson). Das heißt beispielsweise: Entscheidungen, die innerhalb eines Territorialstaates getroffen wer-

den, verändern die Positionen von Menschen wesentlich, die jenseits der Grenzen dieses Staates liegen; Ähnliches gilt für die Entscheidungen von Unternehmen, transnationalen Konzernen, Kommunikations- und Informationsströmen des Internets, Spekulanten des Kasino-Kapitalismus, supranationalen Organisationen, globalen Risiken (Finanzkrise, Klimawandel), transnationalen Öffentlichkeiten usw. usf. Weil aber nationalstaatliche Grenzen unter Bedingungen der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Globalisierung immer mehr dem Schweizer Käse gleichen, bei dem bekanntermaßen die Löcher das Wesentliche ausmachen, erfahren sich die Menschen in ihren sozial ungleichen Positionen verletzlicher für transnationale Ströme, Kräfte und Mächte. Konfrontiert mit Klimawandel, Finanzkrisen, Migrationsströmen, globaler Armut und Alterung, der Verbreitung von Aids und der Unkalulierbarkeit des transnationalen Terrorismus (um nur einiges herauszugreifen) sehen sich immer mehr Menschen der Erfahrung ausgesetzt, dass ihre Lebens- und Überlebensbedingungen mindestens so sehr von Prozessen abhängen, die die Grenzen der Nationalstaaten durchdringen, wie von solchen, die nationalstaatlich kontrollierbar erscheinen.

Damit aber verändert sich die *Grammatik* sozialer Ungleichheit. Eine minimalistische Kritik des methodologischen Nationalismus der Ungleichheitssoziologie lässt sich wie folgt formulieren: In einer globalisierten Welt, in der die nationalstaatlichen Grenzen ihre politische, ökonomische, kulturelle Kongruenz und Eindeutigkeit verlieren, schlägt die ausschließliche Fokussierung auf Ungleichheitsstrukturen zwischen nationalen Mitbürgern schnell um in Konflikte darüber, *wer* zählt als Mitglied, also *wie* wird die relevante soziale Einheit definiert? Entsprechend lautet die Schlüsselfrage, die sich dem methodologischen Kosmopolitismus stellt: Wie können Rahmen, Einheiten sozialer Ungleichheiten über Grenzen hinweg zwischen verschiedenen Menschen und Bevölkerungen konstruiert werden, deren Identitäten auch Solidaritäten einschließen, die auf anderen interaktiven und partizipativen Klassifikationen als Nationen und staatlichen Einheiten gründen, und die zugleich eine transnationale Komparatistik ermöglichen?¹⁵

Ich möchte im Folgenden wenigstens exemplarisch einige Antworten auf diese Frage skizzieren, indem beispielhaft die soziale Grammatik transnationaler, post-klassenspezifischer Formen sozialer Ungleichheiten – (1) Ungleichheiten globaler Risiken, (2) gesamteuropäische Ungleichheiten und (3) Artisten der Grenze – konzeptionell erläutert wird. Der Perspektivwechsel lautet: Das Ende der nationalen Klassengesellschaft ist nicht das Ende sozialer Ungleichheit, sondern genau im Gegenteil: die Geburt radikalerer neuer „kosmopolitischer“ Formen sozialer Ungleichheit, denen (bislang) keine institutionalisierten Antworten (Wohlfahrtsstaat, Gewerkschaften) entsprechen.

IV Die Ungleichheit globaler Risiken

Das Nationalstaatsprinzip, so habe ich argumentiert, ist nicht länger in der Lage, die Ungleichheiten abzubilden. Was kann an die Stelle treten? Mein Vorschlag: das *Nebenfolgen-Prinzip*. Dieses besagt: Zur Einheit sozialer Ungleichheit gehören Personen, Gruppen, Bevölkerungen, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg in ihren Lebenslagen und Lebenschancen wesentlich von den Folgen der Entscheidungen und Strukturen Anderer betroffen sind. Von diesem Blickwinkel her lässt sich noch einmal der methodologische Nationalismus definieren: In diesem Horizont fällt das Nationalstaatsprinzip zusammen mit dem (Neben-)Folgen-Prinzip. Genau das wird falsch in der „Weltrisikogesellschaft“ (Beck 2007, insbesondere Kapitel X). Neben die nationalen treten kosmopolitische Horizonte: Die Suche

15) In einem Forschungsprojekt des Sonderforschungsbereichs „Reflexive Modernisierung“ definiert z.B. Edgar Grande „transnationale Politikregime“ als Untersuchungseinheit einer transnationalen Komparatistik.

nach einer neuen zukunftsorientierten, planetarischen Verantwortungsethik, die die Betroffenheit durch die Entscheidung anderer zum Politikum macht und die in neuen kulturellen Bewegungen ihren Fürsprecher findet.

Wer den Zusammenhang von Weltrisiko und sozialer Ungleichheit aufdecken will, muss die Grammatik des Risikobegriffs offen legen: Risiko und soziale Ungleichheit, ja, Risiko und Herrschaft sind zwei Seiten derselben Medaille. Setzt das Risiko doch die Entscheidung, also einen Entscheider, voraus und erzeugt eine radikale Asymmetrie zwischen denjenigen, die Risiken wagen, definieren und von ihnen profitieren, und denjenigen, denen sie zugewiesen werden, die die „nicht-gesehenen Nebenfolgen“ der Entscheidungen Anderer am eigenen Leib ausbaden, vielleicht sogar mit ihrem Leben bezahlen müssen, ohne am Zustandekommen der Entscheidung mitwirken zu können. Worin liegt die Funktionalität, die Attraktivität der „Globalisierung“ der Risiken für wen? Auch hier zeigt sich der Zusammenhang von Risiko und Risikoungleichheit, Risiko und Herrschaft. Oft gilt: Man *exportiert* die Gefahr entweder räumlich: in Länder, deren Eliten darin ihre Chancen sehen, oder zeitlich: In die Zukunft von ungeborener Generationen.¹⁶ Für diesen florierenden Gefahrenexport müssen nationale Grenzen nicht beseitigt werden, vielmehr ist ihre Existenz eine Voraussetzung. Nur weil diese Sicht- und Relevanzmauern in den Köpfen und im Recht fortbestehen, bleibt „latent“ und „Nebenfolge“, was bewusst getan wird. Man spart Geld, wenn man das Risiko dahin transportiert, wo die Sicherheitsstandards niedrig sind und die Arme des Gesetzes nicht hinreichen, insbesondere die des eigenen nationalen Rechts. Das gilt für den Export von Folter wie für den Export von Müll, gefährlichen Produkten und umstrittenen Forschungen. Entsprechend werden die Gefahren über die Grenzen „abgeschoben“ – in Niedrigsicherheitsländer, Niedriglohnländer, Niedrigrechtsländer. Im kosmopolitischen Blick folgt die Verteilung der „latenten Nebenfolgen“ dem Muster der Ausbeutung rechtsdünner, marginaler, peripherer Regionen, weil hier Bürgerrechte ein Fremdwort sind und die politischen Eliten dadurch ihre Position erhalten, nämlich als weitgehend widerstandsloses „Nebenfolgen-Land“ in Bezug zu kommen und zum Zweck der Gewinnmaximierung die „latent“ gehaltene „Gefahren-Maximierung“ zu übernehmen.

Das Nicht-Wahrnehmen oder Nicht-Wahrhabenwollen der Risiken wächst mit der Alternativlosigkeit des menschlichen Daseins. Man wälzt die Risiken dahin ab, wo sie nicht wahrgenommen, nicht ernst genommen werden. Die Gefahrenakzeptanz in diesen Ländern ist nicht gleichzusetzen mit Einverständnis, deren Verschweigen und die damit einhergehende Verschwiegenheit nähren sich aus der Not. Anders formuliert: Gefahren werden nicht akzeptiert, sondern aufgezwungen. Und das unbemerkt, durch die Macht der inszenierten Nicht-Inszenierung.

Die Geringschätzung von Risiken in Staaten, in denen die Armut und die Analphabetenrate besonders hoch sind, bedeutet also keineswegs, dass diese Gesellschaften nicht in die Weltrisikogesellschaft integriert sind. Es gilt vielmehr umgekehrt: Sie sind aufgrund der knappen Ressource des Schweigens, die sie als ihre Reichtümer anbieten, am schlimmsten betroffen: Es herrscht ein verhängnisvoller Magnetismus zwischen Armut, sozialer Verwundbarkeit, Korruption und Gefahrenakkumulation. Die Ärmsten der Armen leben in den toten Winkeln und daher gefahrvollsten Todeszonen der Weltrisikogesellschaft.

16) Manche werden hier vielleicht einen Widerspruch zu erkennen glauben: Einerseits behauptet man, die Globalisierung ist die große, gleichmachende Angstmaschine, andererseits die Ungleichheit globaler Risiken. Auch hier zeigt sich keine Unstimmigkeit im Denkansatz, sondern die Komplexität der Wirklichkeit: beides ist (unter bestimmten Bedingungen) richtig.

V Gesamteuropäische Ungleichheiten

Denn systematisch betrachtet, wird erst im kosmopolitischen Blick sichtbar und erforschbar, was nationale Grenzen leisten: Sie institutionalisieren die Unvergleichbarkeit nationaler Räume und „legitimieren“ auf diese Weise transnationale und globale Ungleichheiten (Beck 2002: 50ff). Indem die Soziologie diese institutionalisierte Binnen- und Inselorientierung sozialer Ungleichheiten verdoppelt, stellt sie sich selbst (unreflektiert) in diesen „Legitimationsdienst“: Nationale Gleichheitsnormen exkludieren transnationale Ungleichheiten; intranationale Vergleichbarkeit von Ungleichheiten sichert inter-nationale Unvergleichbarkeit.

Daraus folgt: Erst im systematischen Wechsel zwischen nationaler und kosmopolitischer Perspektive werden die großen, blinden Flecken – und Fehlerquellen – des methodologischen Nationalismus der Ungleichheitssoziologie erkennbar, denn nur im Rahmen einer solchen neuen kritischen Theorie und Soziologie sozialer Ungleichheiten kann die fundamentale Asymmetrie der im nationalen Blick befangenen Ungleichheitswahrnehmung sowohl in sozialer als auch in sozialwissenschaftlicher Perspektive aufgedeckt werden. Das erhellt, dass die „legitimatorische Leistung“ des Nationalstaates darin liegt, dass dieser die Aufmerksamkeit ausschließlich nach innen wendet und dadurch globale Ungleichheiten aus dem Gesichtskreis der (relativ) Privilegierten verbannt.

Die vorbestimmte Irrelevanz großer globaler Ungleichheiten ermöglicht es, mächtigen und reichen Nationalstaaten, die Risiken ihrer Entscheidung auf arme Staaten abzuwälzen (siehe oben), eine Praktik, die zuletzt dadurch stabilisiert wird, dass die nationale Handlungsperspektive durch den methodologischen Nationalismus der Soziologie bestätigt und bekräftigt wird.¹⁷ Die entsprechende Ungleichheitssoziologie verdoppelt die nationale Schließung und entwirft sich und ihren Forschungsgegenstand im Sinne einer nationalstaatlichen „Eingeborenen-Wissenschaft“. Was ansonsten wissenschaftlich als problematisch gilt, wird hier unreflektiert zum methodologischen Prinzip erhoben: Selbsterforschung. Eben diese Autistik des nationalen Blicks gerät in Widerspruch zu den Prozessen der Europäisierung. Damit stellt sich die Frage: Welche transnationale, gesamteuropäische Ungleichheitsdynamik geht aus der politischen Integration Europas hervor (Beck / Grande 2004, Kapitel VI)?

Diese Frage richtet sich nicht nur darauf, welche Konflikte sich schon heute mit der Europäisierung abzeichnen, sondern es geht vorgelagert um die meta-theoretische Frage zweiter Ordnung, welche Ungleichheitskategorien und -koordinaten die gesamteuropäische Konfliktdynamik überhaupt kennzeichnen (Kriesi / Grande 2006). Kann man einfach unterstellen, dass das Narrativ der Klassen, das im Rahmen der Nationalstaaten und Nationalgesellschaften entwickelt wurde, auch auf der europäischen Ebene anwendbar ist? Wohl kaum. Wie aber verhalten sich dann die Was-Frage erster Ordnung und die Wer-Frage zweiter Ordnung sozialer Ungleichheit im gesamteuropäischen Rahmen zueinander?

Mit der Osterweiterung werden weder Länder kolonialisiert, noch dürfte es zu unabsehbaren Migrationsströme kommen, aber es geschieht etwas vielleicht viel Gravierenderes: Ganzte Länder „immigrieren“ in die EU. Die Folge ist: Europäische Ausländer werden zu europäischen Inländern. Also: Die Rahmung sozialer Ungleichheit mutiert. Die Frage zweiter Ordnung – das Wer-ist-ungleich? – durchläuft einen Gestaltwandel. Freiwillige Kollektivimmigration von Staaten ist ein historisch neuartiges Phänomen. Was bedeutet das für die „ethnische“ Selbstdefinition der EU, die bisher durch eine Art „westeuropäischen Rassismus“

17) Die (Ungleichheits-)Soziologie, die sich werturteilsfrei gibt und, was ihre (oft quantitativen) Aussagen betrifft, auch als wertfrei und unpolitisch erscheint, ist tatsächlich strukturell (das heißt unabhängig vom Bewußtsein und Wollen der Sozialforscher), im Sinne der nationalstaatlichen Dogmatik parteilich und politisch, weil sie nationalstaatskonform den methodologischen Nationalismus praktiziert, d.h. die entsprechenden Wertprinzipien und Blickbeschränkungen sich zu Eigen gemacht hat.

gekennzeichnet war, der sich selbst als solcher kaum bemerkten musste oder konnte? Was bedeutet das aber auch für das gesamteuropäische Ungleichheits- und Konfliktgefüge?

Bislang – und darin zeigt sich besonders nachdrücklich der methodologische Nationalismus der Soziologie – geht diese noch weitgehend unreflektiert davon aus: Europa muss im Plural der Gesellschaften, also *additiv* begriffen werden. Anders gesagt: Die Gesellschaft Europas fällt zusammen mit den nationalen Gesellschaften Europas: Frankreich, Deutschland, den Benelux- und skandinavischen Ländern, Spanien, Portugal, Polen usw. Diese begriffliche Weichenstellung programmiert das Unverständnis, das die Soziologie Europa entgegenbringt, ja, die soziologische Irrelevanz Europas vor, besiegelt die Europablindheit der Soziologie (Mau 2006). Es kommt zwar zu komparativen Studien, die im methodischen Vergleich der Nationalgesellschaften „Europäisierung“ zu erfassen versuchen; oder man denkt Europäisierung nach dem Modell der endogenen Konvergenz von Nationalgesellschaften; oder schließlich überlappend, im Sinne von Schnittmengen gesellschaftlicher und historischer Gemeinsamkeiten. Aber die Schlüsselfragen einer makro-soziologischen Europadynamik sozialer Ungleichheiten geraten so gar nicht erst in den Blick: Wie lassen sich ein Gesellschaftsraum und seine Dynamik begreifen, zu dem zwar Nationalgesellschaften gehören, der jedoch zwar nicht den nationalgesellschaftlichen Prämissen sozialer Kohäsion, kultureller Homogenität, politischer Partizipation und wohlfahrtsstaatlicher Assistenz gehorcht (Heidenreich 2006; Bach 2004; Delanty / Rumford 2005)?

Europäisierung ist durch einen Meta-Wandel gekennzeichnet, nämlich dadurch, dass der Grenzkonstruktion und Arbeitsteilung zwischen nationaler und internationaler Politik die Grundlage entzogen wird. Europäisierung ist also das klassische historische Beispiel für einen Gestaltenwandel sozialer Ungleichheit durch Entgrenzung nationaler Räume. Wenn man, grob vereinfacht, einen Zusammenhang zwischen abgekapselter nationalstaatlicher Klassenanalyse und der Erweiterung und der Vertiefung der EU formulieren will, dann kann man sagen: Je mehr Europäisierung, desto mehr ersetzt das Prinzip der Vergleichbarkeit das Prinzip der Unvergleichbarkeit sozialer Ungleichheit zwischen den nationalstaatlichen Räumen, desto mehr tritt innerhalb einer europäischen Rahmung die Vielfalt nationaler Ungleichheitskulturen in Europa hervor und desto explosiver wird die gesamteuropäische Ungleichheitsdynamik. Während in der nationalstaatlichen Epoche der Ersten Moderne die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern wechselseitig ignoriert werden konnten, so prallen diese nun mit fortschreitender Europäisierung aufeinander.

Mit der wirtschaftlichen und politischen Entgrenzung nationaler Räume steht somit auch der methodologische Nationalismus der Ungleichheitstheorie und –soziologie auf dem Prüfstand. Die *unterstellte* strikte Trennung zwischen nationalen und internationalen Räumen (wobei in nationalen Räumen zivile, politische und soziale Grundrechte und Gleichheitsnormen institutionalisiert wurden und internationale Räume durch die wechselseitige Anerkennung souveräner Staaten entstehen) erodiert. Damit öffnen sich überhaupt erst die Tore zu den vulkanischen Ungleichheitslandschaften Europas und der Welt. Wie interagieren die gesamteuropäischen Konfliktdynamiken nach innen und nach außen mit spezifischen, regionalen, nationalen und individuellen Ungleichheiten?

VI Artisten der Grenze: Akteure, Legitimität und Migrationsdynamik

Die Frage zweiter Ordnung, die Wer-Frage, die Frage nach der Rahmung sozialer Ungleichheit setzt nicht nur den administrativen Blick der nationalstaatlichen Rechtsautorität und ihrer exekutiven Akteure (Grenzschutzbeamten, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte usw.) voraus. Diese Wer-Frage kann auch gegen diese Akteure der institutionalisierten Definitiōnsmacht von unten, aktiv durch Praktiken Grenzen überschreitender Lebensformen aufge-

worfen und beantwortet werden. Was die Ungleichheitssoziologie, die unbefragt die territoriale nationalstaatliche Einheit als Prämissen ihrer Forschungen übernimmt, gänzlich übersieht, ist die Tatsache, dass die Ressource und Kapazität des „Grenzennutzens“, das heißt: nationalstaatliche Grenzen zu überschreiten oder für die Akkumulation von Lebenschancen zu instrumentalisieren, zu einer Schlüsselvariablen sozialer Ungleichheit in der globalisierten Welt geworden ist. „While spatial relations are without doubt diverse, their influence on positions of social inequality can be reduced to two aspects. *Spatial autonomy* constitutes an advantage in itself. If spatial autonomy is compromised, the *quality of the spaces* to which an actor is limited or gains access is an important factor shaping positions of social inequality.“ (Weiß 2005: 714) Darin verbergen sich mehrere Komponenten:

Erstens: Wer zu einer Einheit sozialer Ungleichheit dazugehört, gehorcht nicht nur der administrativen Definitionsmacht (Pass-Bürger, Mitbürger), sondern entspringt auch der Agency der aktiven Transnationalisierung *von unten*. Wenn es richtig ist, dass sich in der Zweiten Moderne die Grenzen verwischen und vermischen, dann ist der Typus des „Durchschnittlichen Migranten“ die Verkörperung der sich vermischenden Grenzen zwischen Nationen, Staaten, gesetzlichen Ordnungen und deren Widersprüchen. Der durchschnittliche Migrant muss, um zu überleben, ein *Artist der Grenze* werden (des Unterlaufens der Grenze, des Nutzens der Grenze, des Setzens der Grenze, der Überbrückens der Grenze usw.), und er oder sie kann abstürzen vom Hochseil des Grenzennutzens, auf dem er oder sie balanciert. Im nationalen Blick ist es ausgeschlossen, die potentiell kriminellen Migranten als Avantgarde einer transnationalen Mobilität zu sehen. Ebenso kommt es gar nicht in den Sinn, dass diese mobilen Bevölkerungen eine kosmopolitische Existenzform erproben; sie erscheinen vielmehr als widerspenstig, da sie die Assimilation verweigern.

Zweitens: Wer die Kapazität der Grenzüberschreitung des Grenzennutzens als konstitutiv für transnationale Ungleichheitslagen begreift, kann aufzeigen (in einem ersten Zugriff), wie neuartige radikalierte Ungleichheitshierarchien jenseits von Nation und Klasse entstehen: „While the upper and some middle layers of world society extend their life-worlds to the globe, the lowest positions are affected by global dynamics, but reduced to their immediated surroundings in the opportunities for action.“ (Weiß 2004: 716) Radikalisierung transnationaler Ungleichheiten heißt: Im reichen oberen Drittel der Welthierarchie wird die „Polygamie des Ortes“ praktiziert; die reichen Eliten können im Zweifelsfall sogar privat ihre Schutz vor alltäglicher Gewalt finanzieren; Während die Ausgeschlossenheit der Ausgeschlossenen nicht zuletzt durch den Ausschluss von den Ressourcen der Grenzen überschreitenden Mobilität besiegt wird (Bauman 2001; Castells 2003). In der breiten Mitte wird deutlich, dass es nicht nur aktive, sondern auch passive („erlittene“, „erzwungene“) Transnationalisierung gibt. Mit der informationstechnologischen Durchlässigkeit nationalstaatlicher Grenzen entstehen neue Austauschmöglichkeiten und Konkurrenzen am Arbeitsmarkt über nationale Grenzen hinweg (Beck 2006; Mau 2007).

Drittens: In diesen durch Armut und Reichtum an Grenzen überschreitenden Möglichkeiten geprüften Lebensformen überschneiden und durchdringen sich *verschiedene nationalstaatliche Räume sozialer Ungleichheit*. Dabei finden sich die mobilen Individuen typischerweise in den verschiedenen Rahmungen sozialer Ungleichheit ungleich platziert. Zugleich gilt: Je größer die räumliche Autonomie der Individuen (Familie und ethnische Gruppen), desto geringer die Bedeutung der Grenze.

Aihwa Ong spricht, auf den politischen Status bezogen, in diesem Zusammenhang von „*Flexibler Staatsbürgerschaft*“ (2005). Dabei bezieht sie sich auf Bemühungen chinesischer Eliten, von Wirtschaftsmanagern, Technokraten und Ökonomen, wechselnde nationale Regelsysteme für die Zwecke der Investition in Kapital, aber auch in Bildung und Diaspora-Netzwerke zu nutzen. Ihnen gelingt es auf diese Weise, Differenzen zwischen Staaten, Kul-

turen und Rechtssystemen aufzudecken und für die Konstruktion und Reproduktion transnationaler Räume zu nutzen (2004: 174f) Caroline H. Bledsoe gibt für strategische Praktiken des Grenzennutzens ein anschauliches Beispiel: „*Anchor Babies*“ in the United States: „This term refers to children who, by virtue of their birth on U.S. soil, become the means by which their families stake a future claim on the legal U.S. residence.“ (Bledsoe: 98) Da, wer auf dem Territorium der USA geboren wird, automatisch die amerikanische Staatsbürgerschaft zugesprochen erhält und da mit dem 18. Lebensjahr der in den USA geborene Staatsbürger die Option der Familienzusammenführung erhält, wird das erwachsene *anchor baby* zum sozialen Akteur der Wer-Frage sozialer Ungleichheit aktiv beantwortet, indem er oder sie alle Arten von Familienmitgliedern als legale Bürger in das Land bringt.¹⁸ Genauer betrachtet, enthält die Ungleichheitsressource der Grenzüberschreitung und Grenznutzung drei Komponenten:

(1) Wer über das entsprechende *ökonomische Kapital* oder *kulturelle Kapital* verfügt, das ihn oder sie in die Lage versetzt, den optimalen Kontext für deren Verwertung selbst zu wählen, findet sich in einer besseren Position als diejenigen, die (aus welchen Gründen auch immer, z.B. landwirtschaftliche Bindung an den Boden oder wohlfahrtsstaatliche Bindung an bestimmte Arbeitsplätze) in der Entfaltung ihrer Lebenschancen an den nationalstaatlichen Rahmen und Raum gebunden sind oder sich gebunden glauben (Weiß 2004).

Hinzu kommen (2) die *nicht-intendierten Instrumentalisierungsmöglichkeiten von Grenzregimen*. Alle Versuche, die Politik der Abgrenzung rechtlich und militärisch wasserdicht zu machen, reißt ungewollt (und ungesenen) Löcher auf, die Findige und Erfahrene für die Zwecke zu nutzen wissen, grenzenübergreifende Existenzformen zu basteln. Wenn Staaten mit neuen Regeln antworten, um Klarheit zu schaffen und Löcher zu schließen, entstehen ungewollt und oft auch ungesenen fast unvermeidbar neue Schlupflöcher und ambivalente Bedeutungen, die neue Instrumentalisierungsmöglichkeiten eröffnen.

Viertens: Die bestenfalls geduldeten, oft kriminalisierten „loop hole artists“ sind *hochfunktional*, selbst wenn sie im nationalen Blick als illegitim oder illegal erscheinen. Wie Saskia Sassen (2006) zeigt, gibt es widersprüchliche Strategien, welche die Abwanderung aus der Peripherie fördern und den Einsatz von Migranten, ethnischen Minderheiten und Frauen in den eigentlich hochsegmentierten Arbeitsmärkten des Zentrums stillschweigend dulden oder sogar fördern. Denn die extrafunktionalen Qualifikationen, die Migranten anbieten, kombinieren soziale Kompetenzen mit der Bereitschaft, zu niedrigen Löhnen und in ungeschützten Verträgen (soweit es diese überhaupt gibt) zu arbeiten, die für bestimmte Segmente gering qualifizierter Teilarbeitsmärkte hochfunktional sind. Der Transnationalisierung des Kapitals, die in aller Munde ist, steht also eine sehr restriktive Transnationalisierung billiger Arbeit gegenüber, die meist gar nicht erkannt und anerkannt wird als das, was sie ist: das Modell eines experimentellen Kospolitismus *von unten und der Ohnmacht*, indem ein Minimum an Perspektivwechsel, dialogischer Imagination und erfinderischen Umgang mit den in die Grenzregime eingebauten Widersprüchen zur Voraussetzung des Überlebens wird.

„Der neue Typus eines migrantischen Alltagskosmopoliten entwickelt seine Kompetenzen, mit Fremdheit umzugehen, durch die Grenzerfahrungen der Kulturalisierung und Ethni-

18) „A number of impoverished pregnant women every year try to reach the U.S. to give birth by undertaking dangerous crossings that parallel those in Europe: tracking across deserts, entering cargo containers, and even crossing dangerous rivers. But the most striking cases may be wealthy Mexican women, who cross the border in the most routine manner, not just once, but multiple times, for prenatal checks with the physicians who they have engaged to deliver them [...] In effect, a non-US citizen, the highly strategic use of just one birth, can eventually transform an entire family into individuals with permanent legitimacy.“ (Bledsoe: 98f)

sierung. In den Einwanderungsgesellschaften werden Migranten geradezu zwangsläufig Experten für das kulturelle Unterscheidungssystem, das sie zu ethnischen Fremden macht, vor allem auch für seine banale Erscheinungsweise im Alltag. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen entsteht ein Reservoir an ‚Etiketten‘ für die eigene Gebrauchskultur: z.B. für eine zeitweilige strategische Selbst-Ethnisierung oder für die vielen Formen von ‚Ethno-Mimikry‘, die sich dem Multikulturalismus andienen, um ihn zu überlisten [...] Diesem Kosmopolitismus haftet weder die Lust noch die Last der Differenz an. Kultur und Identität sind hier keine autonomen Horizonte, die es im Sinne einer weltbürgerlichen Fortbildung zu erweitern gilt. Sie sind vielmehr untrennbar verbunden mit einer langen Geschichte hegemonialer Kultur- und Identitätspolitik, die zwangsläufig auch ein Teil der jeweils eigenen, subjektiven Geschichte ist. Und so entwirft dieser Kosmopolitismus auch keine Utopien gleichsam paradiesischer, postnationaler Zustände, sondern allenfalls prekäre Heterotopien, die den Traum vom besseren Leben jenseits der Grenze ganz praktisch und politisch, im Rahmen des Machbaren, anvisieren.“ (Römhild 2007: 620f)

VII Ausblick: Der „Modernitätsstreit“ in der internationalen Soziologie

Will Atkinson (2007) hat mich öffentlich angeklagt, wieder einmal „den Tod der Klassen“ zu verkünden. Ich plädiere auf Freispruch wegen erwiesener Unschuld, drehe allerdings den Spieß um und klage Will Atkinson und die Ungleichheitssoziologen, für die er spricht, an, sich in der weltgesellschaftlichen Idylle wohlfahrtsstaatlicher Klassenanalyse verbarrikadiert zu haben und auf diese Weise, geschlagen mit selbstverschuldeter Blindheit, die Transformation und Radikalisierung sozialer Ungleichheiten in einer globalisierten Welt zu erkennen. Die Kombination, man kann auch sagen: Der Zusammenprall wachsender globaler Gleichheit (Menschenrechte) und wachsender globaler und nationaler sozialer Ungleichheiten einerseits mit den radikalen ungleichen Folgen des Klimawandels, des Ressourcenverbrauchs etc. andererseits, kann schon bald die Prämisse gehäuse der nationalen Ungleichheitssoziologie hinwegfegen wie der Hurrikan „Katrina“ die Armenhäuser von New Orleans.

Kosmopolitische Formen sozialer Ungleichheiten dürfen weder verwechselt werden mit *globalen* Ungleichheiten noch mit *internationalen* Ungleichheiten. Es handelt sich dabei um völlig verschiedene Konzepte – sowohl im Hinblick auf ihre konstitutiven Inhalte als auch im Hinblick auf ihre politischen Implikationen (Milanovic 2007; Doller 2007; Pogge 2007; Thompson 2007). Der entscheidende Unterschied zwischen kosmopolitischen Ungleichheitsformen einerseits sowie globalen, internationalen und nationalen Ungleichheitsformen andererseits liegt in der Wahl der Bezugseinheit, in der Politik der Rahmung: Hier wird der Dualismus von national und international vorausgesetzt, dort aufgehoben; hier werden die Relationen sozialer Ungleichheit primär *innerhalb* von Nationen (oder im Vergleich zwischen Nationen) angesiedelt, dort werden die Relationen sozialer Ungleichheit über Grenzen hinweg lokalisiert, also als Beziehung *zwischen* Nationen konzeptualisiert.

Globale Ungleichheiten folgen dem Prinzip des *allgemeinen Universalismus*, das heißt: der Horizont der Gleichheit und damit die Einheit sozialer Ungleichheiten umfasst *alle*; wobei nicht zwischen Nationalität oder anderen Klassifikationen (nach Beruf, Geschlecht, Klasse, Ethnizität usw.) unterschieden wird. Internationale Ungleichheiten folgen dem Prinzip des *nationalen Partikularismus*: Die nationale oder internationale vergleichende Ungleichheits- und Klassensoziologien separieren die nationalen Sozialstrukturen und ordnet ihnen nationale Soziologien im Sinne des methodologischen Nationalismus zu. Im Falle nationaler und internationaler Ungleichheiten folgt die Beantwortung der Wer-Frage – wer bestimmt, wer in den Kreis politisch relevanter Ungleichheit gehört? – der Autorität der Staaten. Kein Zweifel, die Soziologie sozialer Ungleichheiten benötigt eine alternative Konzeptualisierung, und zwar eine solche, die es erlaubt, die grenzenübergreifenden Interaktionen und In-

terdependenz-Verhältnisse (einschließlich der sozialen Konstruktion von transnationalen „Nebenfolgen“) überhaupt erst ins Blickfeld der Ungleichheitsanalyse zu rücken.

Wer diese nicht globalen und nicht internationalen, sondern kosmopolitischen Verwandlungen und Radikalisierungen sozialer Ungleichheiten ignoriert und im Gleichschritt der wohlfahrtsstaatlichen Ungleichheitsanalyse weitermarschiert, verfehlt die Aufgabe des Soziologen, nämlich über die plötzliche Fremdheit der Gesellschaft, in der wir leben, aufzuklären. Strenggläubige Modernisten werden aus ihren methodisch hochraffiniert produzierten empirischen Daten herauslesen, dass das Klassenparadigma der modernen Nationalgesellschaft von zeitloser Autorität und verpflichtender, kanonischer Gültigkeit ist. Man stößt hier auf einen paradoxen Nerv der Moderne, auf ihre Unfähigkeit zu altern und ihr Geschick, noch in der Vergreisung die Quicklebendigkeit der Datenproduktion vorzutäuschen. So ist eine moderne Soziologie, die einstmals mit allen Tabus brach, selber zum Tabu geworden: Sie darf nicht bezwifelt und durch kosmopolitische Gegenentwürfe in Frage gestellt werden. Eine sakrosankte Soziologie der Moderne, die einmal den Inbegriff von Zukunft verkörperte, ist heute vordringlich damit beschäftigt, die Neugierde und die Kunst des Zweifelns, die die Kritik der soziologischen Vernunft ausmachen, einzuschläfern.

Tatsächlich schwelt unter der Oberfläche soziologischer Routinen in diesem Sinne ein Paradigmenstreit, der quer liegt zu den etablierten Theorieschulen und der auch das methodologische Selbstverständnis der empirischen Sozialforschung zutiefst herausfordert, weil er sich an der *Historizität*, also der gesellschaftsgeschichtlichen Vergänglichkeit der Grundbegriffe und Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft im Zuge der Modernisierung der Modernisierung entzündet (Beck / Mulsow 2009). Dabei geht es letztlich darum, inwieweit die Soziologie intellektuell und methodologisch überhaupt gerüstet ist, den diskontinuierlichen Wandel ihres Gegenstandes – die Denkprämissen stürzende Dynamik der reflexiv modernen Gesellschaften, die sich in europäischen und außereuropäischen Kontexten ganz unterschiedlich niederschlägt – angemessen zu verstehen und zu erklären (Beck / Bonß / Lau 2001; Beck / Lau 2004). Seit Beginn der 1980er Jahre bemühe ich mich, diesen Paradigmenstreit zugleich auf den Begriff zu bringen und auszulösen, indem ich zwischen *einfacher* und *reflexiver* Modernisierung unterscheide. Vom Blickpunkt der letzteren, der reflexiven Modernisierung der Moderne, sind es nicht die Krisen, sondern die Erfolge radikalierter Modernisierung, die die sozialen und politischen Landschaften weltweit fundamental verändert haben und mit raschem Tempo scheinbar ewige Basiskategorien wie Klasse und Nationalstaat aus den Angeln heben. Angesichts dieser Dramen reflexiver Modernisierung versagen die Routinen – nicht nur in der Politik, auch in den Sozialwissenschaften. Wir sind Augenzeugen der Entstehung einer neuen Art des Kapitalismus, einer neuen Art von Internationalität, neuer Arten sozialer Ungleichheiten, neuer Arten von Natur – Gesellschaftssynthesen, neuer Arten von Subjektivität, neuer Arten der alltäglichen Koexistenz mit Ausgeschlossenen, ja sogar einer neuen Art von Staatlichkeit, und es ist genau diese Art des epochalen Bedeutungswandels der Moderne, den die Soziologen begreifen, erforschen und erklären müssen.

Die andere Seite – egal welcher Theorieschule sie angehört – sieht zumeist keine Anzeichen eines derartigen „Meta-Wandels“ im Sinne eines Wandels des Bezugrahmens des Wandels. Sie erklärt die „Reflexivmodernisierer“ zu Phantasten, Feuilletonisten, Essayisten ohne empirische Substanz und Evidenz. Sie begreifen die Moderne immer schon als eine Mischform von Routine und Drama, als eine Art „Routine des Dramas“. Selbstverständlich denken auch sie in hochkomplexen Modellen; aber sie verorten die Diskontinuität des sozialen Wandels in der Kontinuität von Strukturen und haben, politisch gewendet, am Ende doch eine einfache Antwort auf jedes Problem: mehr Technologie, mehr Markt, mehr wissenschaftliches Know-how, mehr Wirtschaftswachstum, mehr funktionale Differenzierung, mehr (Wohlfahrts-)Staat oder mehr Militär, und die Probleme werden kapitulieren. Sie hoffen al-

so, unangekränkt von Zweifeln und Erfahrungen, dass die Quellen der Probleme zugleich die Quellen für die Lösungen der Probleme sind.

Reflexivmodernisierer dagegen forschen und handeln im Verständnis, dass viele der Probleme, mit denen sich moderne Gesellschaften heute konfrontiert sehen, das spezifische Resultat moderner Technologie, früheren Wirtschaftswachstums, der sich vertiefenden Differenzierung von Subsystemen, der Introvertiertheit des National- und Wohlfahrtsstaates sowie militärischer Interventionen sind. Auch wenn unklar ist, was als Nächstes kommt, so erscheint es doch einsichtig, dass die Probleme nicht gelöst werden können durch genau die Dinge, die sie hervorgebracht haben. Die Hamlet-These der Theorie reflexiver Modernisierung lautet demnach: Da ist etwas fundamental faul, nicht im Staaate Dänemark, aber im Projekt westlicher Modernisierung. Das heißt allerdings nicht, dass wir kategorisch die Prinzipien der Modernität verwerfen und die Flucht in die Postmoderne antreten müssen. Wir müssen allerdings die Vorstellungswelt der einfachen Moderne einer harschen Kritik unterwerfen, wenn wir das retten wollen, was die Moderne im Kern wertvoll macht. Und dafür benötigen wir – wie hier exemplarisch gezeigt – einen kosmopolitischen Bezugsrahmen, sowohl begrifflich als auch methodologisch (Beck 2004; Beck / Sznajder 2006).

Denn die Grenzen der Soziologie in dieser Phase, in der radikalierte Modernisierung Grundlagen der einfachen, industriegesellschaftlichen, nationalstaatlich organisierten Gesellschaften auflöst, liegen darin, dass die Soziologie versucht, die gegenwärtigen Dramen mit einem Vokabular und in einer Grammatik zu beschreiben, die für die einfache Modernität erdacht und etabliert wurden. Kategorien wie Kleinfamilie, Klasse, Nationalstaat sowie das System internationaler Beziehungen, die im Bild einfacher Modernität auch noch nach dem Modell der russischen Puppen (Klasse setzt (Normal-)Familie, setzt Nation voraus, Nation Internationalität usw.) ineinander verschachtelt gedacht werden, sind gänzlich unangemessen, wenn es gilt, die Grenzen mischenden Dramen einer sich globalisierenden und in der Folge auch renationalisierenden Welt zu begreifen. Wenn man diesen Wandel der Rahmung des sozialen Wandels durch die Brille jener alten Kategorien betrachtet, erscheinen die neuen Realitäten in jedem dieser Handlungsfelder entweder als Ausnahmen der fortbestehenden Normalität oder eben als Anomalien oder sogar als Anomien (Durkheim).

Mein Blick auf die Dramen der Modernisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich allerdings auch deutlich von jenen Anthony Giddens' und Alain Touraines. Giddens (1996) betont, dass das Individuum Nutzen ziehen kann aus den immer abstrakter und globalisierter werdenden Strukturen, die die Entfaltung der Moderne hervorbringt. Touraine (1992) befürchtet andererseits, dass diese Strukturen immer nachhaltiger durch wissenschaftliche Methoden „gestählt“ werden, so dass das Individuum schließlich zu einem Anhänger immer rationalerer Produktion gemacht wird und als „Konsumentin“ eine Kümmerexistenz führt. In meinen Augen sind die Strukturen der (einfachen) Modernität weit davon entfernt, so stabil zu sein, wie Giddens verspricht oder Touraine befürchtet. Genau das Gegenteil ist richtig: Sie erodieren, desintegrieren und in dem Vakuum, das entsteht, müssen die verschiedenen Spieler in unvertrauten Bezugsrahmen sich radikalisierender, kosmopolitischer Ungleichheiten lernen, ihren neuen Handlungsräum im Kontext von Unsicherheiten und Nichtwissen (-können) auszuloten und dabei nicht abzustürzen.

Ich bin davon überzeugt, wenn dieser untergründige Paradigmenstreit international offen hervorbricht und die Aufmerksamkeit soziologischer Fachzeitschriften und Kongresse findet, dann wird das viel Lärm und Missverständnisse erzeugen – vor allem aber auch die soziologische Imagination neu beflügeln und die Präsenz der Soziologie in der Gesellschaft, ihre Relevanz für (welt-)politische Debatten neu begründen. In Zeiten kontinuierlichen Wandels war soziologische Abklärung möglich. In Zeiten diskontinuierlichen Gesellschaftswandels,

wo niemand mehr, weil allen die Begriffe fehlen, die Welt versteht, ist es erforderlich, soziologische Aufklärung neu zu begründen und zu praktizieren.

Wir stehen im Banne einer Soziologie, deren Grundlagen in den vergangenen hundert Jahren erdacht und entwickelt wurden. Das erste Jahrhundert der Soziologie ist nun vorbei. Auf dem Weg in das zweite, das nun begonnen hat, geht es darum, den Raum der soziologischen Imagination und Forschung und damit auch soziologischer Aufklärung neu zu erschließen und zu bestimmen, d.h.: für die *kosmopolitische Konstellation* zu öffnen. Eine kosmopolitische Soziologie bedeutet eine Soziologie, die die ontologisierten Prämissen und Dualismen einer nationalstaatlichen Soziologie – wie national und international, Wir und die Anderen, innen und außen – in ihrer Bedeutung für die Grammatik des Sozialen und Politischen sowie für die Bestimmung des soziologischen Untersuchungsfeldes reflektiert und auf diese Weise einen neuen soziologischen Blick, gerade auch auf die Phänomene sozialer Ungleichheit (in der Verknüpfung von Armut, Reichtum und ökologischer Zerstörung, Ressourcenverknappung usw.), gewinnt. Eine kosmopolitische Soziologie unterscheidet sich klar von einer universalistischen, indem sie nicht beginnt mit einem (meist aus dem eigenen – europäischen – historischen Erfahrungszusammenhang gewonnenen) Abstraktum (z.B. „Gesellschaft“ oder „Weltgesellschaft“ oder „Weltsystem“ oder das „autonome Individuum“ usw.). Ins Zentrum treten vielmehr Schlüsselbegriffe wie: Kontingenz, Ambivalenz, Interdependenz, Verflochtenheit sowie die methodologischen Fragen, die sich damit stellen. Die kosmopolitische Soziologie eröffnet also unverzichtbare neue Perspektiven auf scheinbar isolierte, bekannte, lokale und nationale Kontexte; sie folgt mit dieser kosmopolitischen Imagination den empirischen und methodologischen Wegen, die andere Disziplinen – wie die heutige Anthropologie, Geographie, Ethnologie – bereits mit Enthusiasmus beschritten haben.

Literatur

- Alderson, Arthur S. / Francois Nielsen (2002): Globalization and the Great U-Turn: Income Inequality Trends in 16 OECD Countries, in: American Journal of Sociology, 107 / 5, S. 1244-1299.
- Atkinson, Will (2007): Beck, Individualization and the Death of Class, in: British Journal of Sociology, 58 / 3, S. 349-366.
- Bach, Maurizio (2004): Unbounded Cleavages: Territoriale Expansion und soziale Ungleichheiten in Europa (lecture at the University of Bamberg, October 2004).
- Bauman, Zygmunt (1998): „Introduction“ and „Time and Class“, in: Ders., Globalization, Cambridge - Oxford, S. 1-26.
- Bauman, Zygmunt (2001): The individualized society, Cambridge.
- Bauman, Zygmunt (2002): Individually, together: a forword in: Ulrich Beck / Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), Individualization, Cambridge.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich (2002): Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter: Neue weltpolitische Ökonomie, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich (2004): Der kosmopolitische Blick oder Krieg ist Frieden, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich / Elisabeth Beck-Gernsheim (1990): Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich / Elisabeth Beck-Gernsheim (2002): Individualization: Institutionalized Individualism and its Social and Political Consequences, London.

- Beck, Ulrich / Wolfgang Bonß / Christoph Lau (2003): Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme, in: Ulrich Beck / Wolfgang Bonß (Hrsg.), *Die Modernisierung der Moderne*, Frankfurt / Main, S. 472f.
- Beck, Ulrich / Edgar Grande (2004): Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich / Christoph Lau (Hrsg.) (2004): Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?, Frankfurt / Main.
- Beck, Ulrich / Nathan Sznajder (2006): Unpacking Cosmopolitanism for the Social Sciences: a research agenda, in: *British Journal of Sociology* 57 / 1, S. 1-23.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1998): Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen, München.
- Becker, Rolf (2003): Expansion and Persistent Inequalities of Education in Germany, in: *European Sociological Review* 19, S. 1-24.
- Berger, Peter A. (1996): Individualisierung: Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt, Opladen.
- Berger, Peter A. / Peter Steimüller / Peter Sopp (1993): Differentiation of Life Courses? Changing Patterns of Labour Market Sequences in West Germany, in: *European Sociological Review* 9 / 1, S. 43-65.
- Blossfeld, Hans-Peter / Erik Klijzing / Melinda Mills (Hrsg.) (2005): Globalization. Uncertainty and Youth in Society. Life Courses in the Globalization Process, London - New York.
- Bolam, Bruce / Simon Murphy / Kate Gleeson (2004): Individualization and inequalities in health: a qualitative study of class identity and health, in: *Social Science & Medicine* 59 / 7, S. 1355-1365.
- Bornschier, Volker / Bruno Trezzini (1997): Social stratification and mobility in the world system: different approaches and recent research. *International Sociology* 12 / 4, S. 429-455.
- Bourdieu, Pierre (1984): *Distinction: A Social Critique of the Judgement of Taste*, London.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Acts of Resistance. Against the New Myths of Our Time*, Cambridge.
- Bourdieu, Pierre (2005): *Social Structures of the Economy*, Cambridge.
- Brady, Michelle (2007): Institutionalized individualism and the care of the self: single mothers and the state, in: Cosmo Howard (Hrsg.), *Debates about Contemporary Personhood*, New York.
- Brannen, Julia / Ann Nilsen (2005): Individualisation, Choice and Structure: a Discussion of Current Trends in Sociological Analysis, in: *The Sociological Review* 53 / 3, S. 412-428.
- Brodie, Janine (2007): The New Socialism: Individualization and Social Policy Re-form in Canada, in: Cosmo Howard (Hrsg.), *Debates about Contemporary Personhood*, New York.
- Budgeon, S. (2003): Choosing a self: young women and the individualization of identity, Westport, CT.
- Castells, Manuel (2003): Die Entstehung der Vierten Welt: Informationeller Kapitalismus, Armut und soziale Exklusion, in: Ders., *Das Informationszeitalter* (Band 3), Opladen, S. 73-86, 132-174.
- Crook, Stephen / Jan Pakulski / Malcom Waters (1992): Postmodernization: Change in Advanced Society, London.
- Dean, Mitchell (2002): The Regulation of the Self, in: T. Jordan / S. Pile (Hrsg.), *Social Change*, Oxford, S. 229-257.
- De Beer, Paul (2007): How Individualized are the Dutch?, in: *Current Sociology* 55 / 3, S. 389-413.
- Delanty, Gerard / Chris Rumford (2005): *Rethinking Europe*, London.
- Elliott, Anthony (2001): *Concepts of the Self*, Cambridge.
- Elliott, Anthony (2002): Beck's Sociology of Risk: A Critical Assessment, in: *Sociology* 36 / 2, S. 293-315.
- Esping-Andersen, Gøsta (2007): More Inequality and fewer Opportunities? Structural Determinants and Human Agency in the Dynamics of Income Distribution, in: David Held / Ayse Kaya (Hrsg.), *Global Inequality*, Cambridge, S. 216-251.
- Faist, Thomas (2000): Jenseits von Nation und Post-Nation. Transstaatliche Räume und Doppelte Staatsbürgerschaft, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 7 / 1, S. 109-144.

- Frank, Andre G. / Barry K. Gills (1993): *The World System: five hundred years or five thousand*, London.
- Fraser, Nancy (2007): Justice in a Globalizing World, in: David Held / Ayse Kaya (Hrsg.), *Global Inequality*, Cambridge, S. 252-272.
- Furlong, Andy / Fred Cartmel (1997): *Young People and Social Change: Individualization and Risk in Late Modernity*, Buckingham.
- Gane, Nicholas (2001): Chasing the 'Runaway World': The Politics of Recent Globalization Theory, in: *Acta Sociologica* 44 / 1, S. 81-89.
- Giddens, Anthony (1996): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt / Main.
- Giddens, Anthony et al. (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Frankfurt / Main.
- Gillies, Val (2005): Raising the 'Meritocracy': Parenting and the Individualization of Social Class, in: *Sociology* 39 / 5, S. 835-853.
- Goldthorpe, John H. (2000): *On Sociology: Numbers, Narratives, and the Integration of Research and Theory*, Oxford.
- Goldthorpe, John H. (2002): *Globalisation and Social Class*, in: *West European Politics* 25 / 3, S. 1-28.
- Goldthorpe, John H. / Abigail McKnight (2006): The Economic Basis of Social Class, in: Stephen L. Morgan / David B. Grusky / Gary S. Fields (Hrsg.) (2006), *Mobility and Inequality: Frontiers of Research from Sociology and Economics*, Stanford.
- Heidenreich, Martin (2006): Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten zwischen nationaler Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb, in: Ders. (2006), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten*, Frankfurt / Main. S. 17-64.
- Held, David / Ayse Kaya (Hrsg.) (2007): *Global Inequality*, Cambridge.
- Henman, Paul (2007): Governing Individuality, in: Cosmo Howard (Hrsg.), *Debates about Contemporary Personhood*, New York.
- Herbert, Ulrich (Hg.) (2002): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland*, Göttingen.
- Herbert, Ulrich (2009): Europa in der Hochmoderne. Überlegungen zu einer Theorie des 20. Jahrhunderts, in: Ulrich Beck / Martin Mulsow (Hrsg.), *Vergangenheit und Zukunft der Moderne. Perspektiven zwischen Soziologie und Geschichte*, Frankfurt / Main.
- Hobson, John (2004): *The Eastern Origins of Western Civilisation*, Cambridge.
- Howard, Cosmo (Hrsg.), (2007), *Contested Individualization: Debates about Contemporary Personhood*, New York.
- Kiely, Ray (2007): *The New Political Economy of Development: Globalization, Imperialism, Development*, London.
- Kohler, Ulrich (2005): Statusinkonsistenz und Entstrukturierung von Lebenslagen. Empirische Untersuchung zweier Individualisierungshypothesen mit Querschnittsdaten aus 28 Ländern, in: *KZfSS* 57 / 2, S. 230-253.
- Kratzer, Nick (2005): Vermarktlichung und Individualisierung, in: *Soziale Welt* 2 / 3, S. 247-266.
- Kriesi, Hanspeter / Edgar Grande (2006): Globalization and the transformation of the national political space, in: *European Journal of Political Research* 45, S. 921-956.
- Leisering, Lutz (1998): Sozialstaat und Individualisierung, in: Jürgen Friedrichs (Hrsg.), *Die Individualisierungsthese*, Opladen, S. 65-78.
- Leisering, L. / S. Leibfried (1999): *Time and Poverty in Western Welfare States*, Cambridge.
- Lüscher, Karl (1994): Was heißt heute Familie?, in: Christa Brauns-Hermann (Hrsg.), *Verlorene Liebe – gemeinsame Kinder*, Reinbek.
- Macionis, John J. (2001): *Global Stratification*, in: Ders., *Sociology*, Upper Saddle River / N.J., S. 299-323.
- Marshall, Gordon (1997): *Repositioning Class: Social Inequality in Industrial Societies*, London.
- Martell, Luke (2007): *Global Inequality, Human Rights and Power: a critique of Ulrich Beck's cosmopolitan politics*, unpublished paper, University of Sussex: Department of Sociology.

- Mau, Steffen (2006): Grenzbildung; Homogenisierung, Strukturierung: Die politische Erzeugung einer europäischen Ungleichungsstruktur, in: Martin Heidenreich (Hrsg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit*, Frankfurt / Main.
- Mau, Steffen (2007): *Transnationale Vergesellschaftung*, Frankfurt / Main.
- Mau, Steffen et al. (2008): Cosmopolitan attitudes through transnational practices?, in: *Global Networks* 8 / 1, S. 1-24.
- Mayer, K.U. (2004): Whose Lives? How History, Societies, and Institutions Define and Shape Life Course, in: *Research in Human Development* 1 / 3, S. 161-187.
- Milanovic, Branko (2007): Globalization and Inequality, in: David Held / Ayse Kaya (Hrsg.), *Global Inequality*, Cambridge, S. 26-49.
- Mills, Melinda (2004): Demand for Flexibility or Generation of Insecurity? The Individualization of Risk, Irregular Work Shifts and Canadian Youth, in: *Journal of Youth Studies* 7 / 2, S. 115-139.
- Mills, Melinda (2007): Individualization and the Life Course: Towards a theoretical model and empirical evidence, in: Cosmo Howard (Hrsg.), *Debates about Contemporary Personhood*, New York.
- Mills, Melinda / Hans-Peter Blossfeld (2005): Globalization, Uncertainty and the Early Life Course: A Theoretical Framework, in: Dies. (Hrsg.), *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, London, S. 1-24.
- Mythen, Gabe (2005): Employment, Individualization and Insecurity: Rethinking the Risk Society Perspective, in: *The Sociological Review* 53 / 1, S 129-149.
- Nederveen Pieterse, Jan (2004): *Globalization and Culture: global mélange*, Lanham.
- Nies, Sarah (2007): Individualisierte Arbeitswelt, Diplomarbeit, Universität München.
- Nollmann, Gerd / Hermann Strasser (2007): Individualization as an interpretative scheme of inequality: why class and inequality persists, in: Cosmo Howard (Hrsg.), *Contested Individualizations Debates about Contemporary Personhood*, New York.
- Ong, Aihwa (2005): *Flexible Staatsbürgerschaften. Die kulturelle Logik von Transnationalität*, Frankfurt / Main.
- Pakulski, Jan / Malcolm Waters (1996): *The Death of Class*, London.
- Poferl, Angelika (2006): Solidarität ohne Grenzen? Probleme sozialer Ungleichheit und Teilhabe in europäischer Perspektive, in: Martin Heidenreich (Hrsg.), *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*, Frankfurt / Main, S. 231-252.
- Pogge, Thomas (2007): Reframing Economic Security and Justice, in: David Held / Anthony McGrew (Hrsg.) (2007), *Globalization Theory. Approaches and Controversies*, Cambridge, S. 207-224.
- Roberts, Kenneth / Stan C. Clark / Claire Wallace (1994): Flexibility and Individualization: A Comparison of Transitions into Employment in England and Germany, in: *Sociology* 28 / 1, S. 31-54.
- Robinson, William I. / Jerry Harris (2000): Toward a global ruling class? Globalization and the transnational capitalist class, in: *Science & Society* 64 / 1, S. 11-54.
- Röthel, Alfred (1999): Nichteheliche Lebensgemeinschaften – neue Rechtsfragen, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 12, S. 511-519.
- Rose, Nicolas (1990): *Governing the soul: the shaping of the private self*, London.
- Rosenein, Sasha (2007): Sutured Selves, Queer Connections: Personal Lives at the Cutting Edge of Individualization, in: Cosmo Howard (Hrsg.), *Debates about Contemporary Personhood*, New York.
- Schroer, Markus (2000): Das Individuum der Gesellschaft: synchrone und diachrone Theorieperspektiven, Frankfurt / Main.
- Sen, Amartya (1999): Global Justice. Beyond International Equity, in: Inge Kaul / Isabelle Grunberg / Marc A. Stern (Hrsg.), *Global Public Goods. International Cooperation in the 21st Century*, New York -Oxford, S. 116-125.
- Sennett, Richard (1998): The corrosion of character: the personal consequences of work in the new capitalism, New York.

- Soysal, Yasemin Nuhoglu (1998): Toward a Postnational Model of Membership, in: Gershon Shafir (Hrsg.) (1998), *The Citizenship Debates. A Reader*, Minneapolis, Kapitel 10.
- Stichweh, Rudolf (1997): Inklusion / Exklusion, funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft, in: *Soziale Systeme* 3, S. 123- 136.
- Therborn, Göran (2001): Globalization and Inequality. Issues of Conceptualization and Explanation, in: *Soziale Welt* 52, S. 449- 476.
- Thompson, Graham F. (2007): Global Inequality, the 'Great Divergence' and Supranational Regionalization, in: David Held / Ayse Kaya (Hrsg.), *Global Inequality*, Cambridge, S. 176-203.
- Thompson, Edward P. (1980): Die englische Gesellschaft im 18. Jahrhundert: Klassenkampf ohne Klasse?, in: Ders., *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie*, Berlin, S. 247-289.
- Touraine, Alain (1992): *Critique de la modernité*, Paris.
- Vertovec, Steven (2006): The emergence of super-diversity in Britain, Oxford (Unveröffentlichtes Manuskript).
- Wallerstein, Immanuel (1983): Klassenanalyse und Weltsystemanalyse, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten* (Soziale Welt, Sonderheft 2), Göttingen, S. 301-320.
- Weiß, Anja (2005): The transnationalisation of social inequality, in: *Current Sociology* 53 / 4, S. 707-728.
- Wohlrab-Sahr, Monika (2003): Individualisierung: Differenzierungsprozeß und Zurechnungsmodus, in: Beck, Ulrich / Peter Sopp (Hrsg.), *Individualisierung und Integration: Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus*, Opladen, S. 23-36.

Prof. Dr. Ulrich Beck
Institut für Soziologie
Ludwig-Maximilians-Universität München
Konradstr. 6
80801 München
u.beck@lmu.de